

**1947 - 2007**

**60 Jahre**

**Christlich-Soziale Arbeitnehmer in Bayern**



## **Impressum**

Herausgeber:

CSU-Landesleitung, CSA-Landesgeschäftsstelle  
Franz Josef Strauß-Haus  
Nymphenburger Str. 64, 80335 München  
[CSA@csu-bayern.de](mailto:CSA@csu-bayern.de)

Verantwortlich:

Robert Höcherl, Landesgeschäftsführer der CSA

## **1. Grußworte**

<b>Horst Seehofer</b> Vorsitzender der CSA Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	4
<b>Dr. Angela Merkel</b> Vorsitzende der CDU Bundeskanzlerin	6
<b>Dr. Edmund Stoiber</b> Vorsitzender der CSU Bayerischer Ministerpräsident	8
<b>Karl-Josef Laumann</b> Vorsitzender der CDA Minister für Gesundheit, Arbeit und Soziales in NRW	10
<b>Elmar Brok</b> Präsident der EUCDA	12
<b>Fritz Neugebauer</b> Bundesobmann ÖAAB <b>Werner Amon</b> Generalsekretär ÖAAB	14
<b>2. „Der lange Weg des deutschen Sozialstaates“</b>	17
<b>Dr. Norbert Blüm</b> Bundesminister für Arbeit a.D.	
<b>3. CSA-Landesvorsitzende</b>	32
<b>4. Geschichte der CSA</b>	33
<b>5. Die Bezirksverbände der CSA stellen sich vor</b>	41



## **Die CSA ist der Anwalt der kleinen Leute**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde der CSA,

60 Jahre Christlich-Soziale Arbeitnehmer in Bayern – das ist der 60. Geburtstag des „sozialen Motors der CSU“. Von Anfang an war die CSA der Anwalt der kleinen Leute. Von Anfang an hat die CSA das Gesicht der CSU mit geprägt und maßgeblichen Anteil an den großen Erfolgen der CSU. Die CSA hat wesentliche Errungenschaften unseres Sozialstaates auf den Weg gebracht oder mit unterstützt. Dazu gehören alle familienpolitischen Leistungen der Union seit den 50er Jahren wie etwa die Neuordnung des Familienlastenausgleichs, später gefolgt vom Bundeserziehungsgeld. Dazu gehören das 2. Vermögensbildungsgesetz, die Einführung der Pflegeversicherung und die Vision eines „Familiengeldes“. Ohne die Sozialkompetenz und die Unterstützung der Arbeitnehmerschaft hätte die CSU auch nicht über Jahrzehnte hinweg diesen riesigen Erfolg in der Wählerschaft. Diese Erfolge stellen unter Beweis: Die CSA hat die Sozialkompetenz immer sehr glaubwürdig verkörpert - programmatisch und durch Personen wie ihre bisherigen Vorsitzenden Heinrich Krehle, Georg Lang, Hans Schütz, Dr. Fritz Pirkl und Peter Keller.

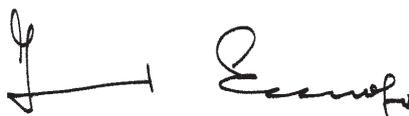
Dass dabei das Verhältnis zwischen der Arbeitnehmer-Union und der Gesamtpartei nicht immer spannungsfrei war, überrascht nicht weiter. Franz-Josef Strauß prägte in der ihm eigenen Diktion den Begriff "Rosenkranz-Sozialisten". Dahinter mag man auf den ersten Blick massive Differenzen vermuten. Tatsächlich aber kommt darin lediglich zum Ausdruck, dass eine Volkspartei um die Abwägung einzelner Interessen natürlich ringen muss, und dass sie viele verschiedene Anliegen integrieren muss, um eine am Gemeinwohl ausgerichtete Programmatik zu entwickeln und breite Mehrheiten zu finden.

Diesem Prozess der innerparteilichen Meinungsbildung und der Integration kommt heute vor dem Hintergrund gleichzeitiger, tief greifender Umbrüche und einer zunehmenden Zersplitterung der Parteienlandschaft in Deutschland eine herausragende gesellschaftliche und politische Bedeutung für unser Gemeinwesen zu. Was wir zur Lösung der anstehenden Probleme brauchen, ist eine tiefgehende Debatte in unserer Gesellschaft über das richtige Menschenbild und das Gesellschaftsbild der Zukunft unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Dabei kommt es nach meiner festen Überzeugung darauf an, zu erkennen,

dass wir neben dem wirtschaftlichen Erfolg, der eine wichtige Grundlage ist, auch in Zukunft Mitmenschlichkeit benötigen. Der innere Kitt einer Gesellschaft sind der menschliche Zusammenhalt und das Füreinanderstehen. Die Debatte muss auch in den Unternehmen sichtbarer geführt werden. Es muss deutlicher werden, dass sich unternehmerische Verantwortung nicht nur an Gewinn und Profit orientieren kann, sondern sich auch in einer Verantwortung für Mitarbeiter ausdrückt. Denn diese sind nicht nur ein Kostenfaktor, sondern Mitunternehmer, die in Würde und Selbstachtung zum Erfolg eines Unternehmens beitragen.

Wir brauchen vor allem wieder klare Maßstäbe. Verteilungsgerechtigkeit muss mit der Leistungsgerechtigkeit zu einem gerechten Ausgleich gebracht werden. Darauf aufbauend müssen wir nachhaltig mehr Chancengerechtigkeit verwirklichen. In den Systemen der sozialen Sicherheit muss die Beitragsgerechtigkeit stärker herausgestellt und verwirklicht werden. Wer länger an einer Solidargemeinschaft beteiligt war, muss auch länger Leistungen erhalten. Da sich das Verhältnis von Lohneinkommen zum Vermögenseinkommen zunehmend zu Ungunsten des Lohneinkommens entwickelt, brauchen wir dringend eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn und am Kapital der sie beschäftigenden Unternehmen. Wir müssen Mittel und Wege finden, den beängstigenden Geburtenrückgang in Deutschland zu stoppen und die Menschen dafür zu gewinnen, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen.

Gegenwart und Zukunft stellen uns vor vielfältige und große Aufgaben. Wir in der CSA haben gemeinsam viel erreicht und wollen auch in Zukunft mit anpacken, die anstehenden Probleme zu lösen. Die CSA wird dabei ihren Grundsätzen treu bleiben und weiterhin für eine Gesellschaftsordnung eintreten, bei der der Mensch das Maß der Dinge ist und nicht das Kapital. Bei allem Reformbedarf dürfen nie die Bedeutung von sozialer Sicherheit und das Augenmaß verloren gehen. Die CSA ist hierfür ein Garant.



Horst Seehofer

Vorsitzender der CSA

Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Lieber Horst Seehofer,  
liebe Freunde in der CSA,

zu Ihrem „Geburtstagsfest“ übersende ich Ihnen auch im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands herzliche Grüße. 60 Jahre CSA – das waren 60 gute Jahre für Bayern und Deutschland.

Wenn die CSA in diesem Jahr am 29. Juni ihr 60. Gründungsjubiläum feiert, dann gilt es auch, voller Respekt und Dank an die großartigen Frauen und Männer der Gründertage zu erinnern. Sie kamen aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen der Nationalsozialisten. Sie schafften neues Vertrauen, stifteten Zuversicht und Hoffnung. Sie gingen daran, ein Land der Trümmer, des Hungers und der Vertreibung wiederaufzubauen. Sie alle verbanden das Bekenntnis und der Wille, nie wieder auf deutschem Boden eine Diktatur zuzulassen.

Ohne die CSA – da bin ich sicher – wäre die CSU nicht die große Volkspartei geworden, die Bayern so erfolgreich in den vergangenen Jahrzehnten gestaltet hat. In Ihrem Land haben die Menschen gute Zukunftschancen, was etwa durch den Spitzenplatz beim Bildungstest PISA, die geringe Arbeitslosigkeit oder den ausgeglichenen Landeshaushalt belegt wird.

Auch im Bund arbeiten wir daran, Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Arbeitslosigkeit weiter bekämpfen, die sozialen Sicherungssysteme auf eine stabile Basis stellen und die Handlungsfähigkeit des Staates sichern.

Wir wollen ein Deutschland, in das die Menschen Vertrauen haben, auf das sie stolz sind. Das können wir schaffen, wenn wir gemeinsam die Herausforderungen anpacken, vor denen unser Land steht. Wie so häufig in der Geschichte der Union sind dazu unsere Kraft zur Veränderung und unser Mut zur Erneuerung gefragt. Diese Kraft schöpfen wir nicht zuletzt aus unseren historischen Wurzeln, unserem christlichen Menschenbild und den leistungsstarken Strukturen unserer beiden Parteien.

Lassen Sie uns auch weiterhin gemeinsam unsere Heimat voranbringen, mit einer glaubwürdigen und wertgebundenen Politik, mit Ideen, Offenheit und einem engen Kontakt zu

den Menschen. Ich bin sicher, dass unser Engagement Früchte tragen wird und dass wir die Voraussetzungen für eine gute Zukunft schaffen werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für Ihre weitere politische Arbeit viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Angela Merkel', written in a cursive style.

Dr. Angela Merkel  
Vorsitzende der CDU  
Bundeskanzlerin



Liebe Freundinnen und Freunde der CSA,  
sehr geehrte Damen und Herren,

als Parteivorsitzender gratuliere ich der CSA, der Arbeitnehmer-Union der CSU, zum  
60-jährigen Bestehen sehr herzlich!

Die CSA hat seit ihrer Gründung im Jahre 1947 stets wichtige und konstruktive Beiträge zur Sozialpolitik in Bayern und in Deutschland geleistet. Sie war und ist der „soziale Motor der CSU“. Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes und des Modells der sozialen Marktwirtschaft vertritt die CSA die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Der Erfolg der CSA gründet letztlich auf ihrer Fähigkeit, Bewährtes zu schützen, aber auf Veränderungen rechtzeitig zu reagieren. Seit ihrer Gründung hat sich die CSA immer wieder die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit gestellt. Denn Sozialpolitik ist nie etwas Abgeschlossenes, nie etwas Fertiges. Sozialpolitik ist vielmehr ein ständiger Prozess, bei dem Bestehendes weiter entwickelt wird, Neues ausprobiert und bei Eignung eingeführt wird.

Soziale Gerechtigkeit hat viele Facetten: Verteilungsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Zukunftsgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Solidarität mit den Schwachen – all das gehört dazu. Letztlich zielt soziale Gerechtigkeit immer auf den inneren Zusammenhalt in der Gesellschaft zwischen Jung und Alt, zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, zwischen Gesunden, Kranken und Pflegebedürftigen.

Soziale Gerechtigkeit braucht vor allem aber auch eine starke wirtschaftliche Basis. Denn nur sie macht Solidarität und Zusammenhalt in der Gesellschaft langfristig möglich. Wir müssen feststellen, dass der Wert des Ökonomischen insgesamt in den 70er und 80er Jahren in den Hintergrund gerückt wurde. Gegen zuviel Ökonomie in der Gesellschaft gibt es in Deutschland Vorbehalte und Misstrauen. Die Ökonomen gelten als unsozial, hart und kalt. Das Soziale dagegen ist warm und human. Doch dieser Gegensatz ist falsch. Dadurch hat sich der innere Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialen Möglichkeiten im Bewusstsein der Menschen verflüchtigt. Es muss wieder viel klarer werden: Das Soziale und Ökonomische bedingen einander. Nur eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft ist auch in der Lage, den Sozialstaat zu stützen. Diesen Zusammenhang von wirtschaftlicher und sozialer Stärke müssen wir wieder begreifen lernen.

Soziale Gerechtigkeit bewegt sich auch immer im Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit. Ich meine, dass wir insgesamt in den letzten gut 30 Jahren mehr auf die Gleichheit geachtet und die Freiheitsperspektive vernachlässigt haben. Die Freiheitsidee muss wieder mehr Gewicht bekommen. Der Einzelne braucht wieder mehr Möglichkeiten für Eigeninitiative. Wir müssen wegkommen von einer Mentalität, die die negativen Folgen eigener Entscheidungen der Allgemeinheit aufbürdet. Wir brauchen auch wieder mehr Eigenverantwortung des Einzelnen!

Die Sozialpolitik der Zukunft muss daher den Menschen und ihren Familien wieder mehr Perspektiven und Chancen eröffnen. Zu viele Bürger sind von der aktiven Teilhabe am Arbeitsleben und an der Gesellschaft in Deutschland ausgeschlossen. Zu viele sind dauerhaft abhängig von Sozialleistungen. Millionen leiden unter der hohen Arbeitslosigkeit.

Der CSA kommt in der Diskussion, wie die soziale Gerechtigkeit in Zukunft aussehen soll und vor allem wie die Balance zwischen Ökonomie und Sozialpolitik und die Balance zwischen Freiheit und Gleichheit neu austariert werden soll, eine sehr wichtige und konstruktive Rolle zu. Dazu wünsche ich der CSA auch in Zukunft viel Erfolg!



Dr. Edmund Stoiber  
Vorsitzender der CSU  
Bayerischer Ministerpräsident



Im Namen des Vorstandes der CDA Deutschlands gratuliere ich der CSA sehr herzlich zu ihrem 60-jährigen Jubiläum.

In den vergangenen 60 Jahren hat sich einiges getan – in den Unionsparteien, in unserem Land und in der Welt insgesamt. Der Wiederaufbau nach dem verlorenen Krieg, die Einführung des Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, die Konfrontation zwischen Ost und West und schließlich die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten in einem vereinigten Europa – all diese und andere Ereignisse haben die Geschichte unserer Partei und unseres Landes nachhaltig geprägt. Wir als Christlich-Soziale haben uns dabei stets für eine Politik eingesetzt, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. „Der Mensch ist wichtiger als die Sache“ – dies ist der Kern, auf den sich die Programmatiken von CSA und CDA zurückführen lassen. Daran wird sich auch zukünftig nichts ändern. Gewiss: Globalisierung und demographische Veränderungen stellen die Politik vor große Herausforderungen, auf die neue Antworten gefunden werden müssen. Aber wie diese Antworten im Detail auch aussehen mögen: Im Kern muss der obige Grundsatz für unsere Arbeit gelten. Rückten wir davon ab, so wäre ein Scheitern der Politik die Folge – dies ist meine feste Überzeugung.

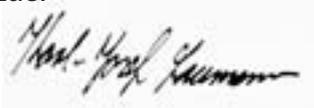
In der aktuellen Grundsatzprogrammdiskussion, die sowohl CSU als auch CDU in diesen Wochen und Monaten beschäftigt und die wichtige Weichen für die Ausrichtung unserer Volksparteien in den nächsten Jahren, vielleicht sogar Jahrzehnten stellt, sollte es uns Christlich-Sozialen insbesondere um zwei Aspekte gehen: Sicherheit und Gerechtigkeit. Der Wunsch nach einem Mindestmaß an Sicherheit, den alle Menschen in sich tragen, bleibt in unserem Land vielfach unerfüllt. Wie soll Sicherheit entstehen, wenn z.B. immer mehr Menschen gezwungen sind, für Löhne zu arbeiten, die nicht einmal das Existenzminimum abdecken? Welche Rente dürfen Menschen in 20 Jahren erwarten, die diese Löhne bekommen und bei denen sich Erwerbszeiten mit Phasen von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit abwechseln? Für diese Probleme muss die Politik Lösungen entwickeln, die von den Menschen als gerecht empfunden werden und die insofern über die reine Umverteilung vorhandener finanzieller Mittel hinausreichen muss. Es ist meine Überzeugung, dass wir insbesondere der Beteiligungsgerechtigkeit größere Bedeutung beimessen müssen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass in keinem anderen europäischen Land die Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft abhängen wie in Deutschland. Und Bildung ist für mich ein wichtiger Schlüssel, um Menschen ihre Angst zu nehmen, weil sie eine wichtige Grundlage für

Erwerbstätigkeit und gesellschaftliche Teilhabe darstellt. Ich hoffe sehr, dass es CSA und CDA in den nächsten Monaten gelingen wird, die Aufnahme einer dieser Linie folgenden Politik in die Grundsatzprogramme von CSU und CDU zu befördern.

Die CDA hat im vergangenen Jahr ihren 60. Geburtstag in Köln feiern dürfen. Alle, die dabei waren, waren sich einig: Die Veranstaltung war ein großer Erfolg! Ich wünsche unserer Schwesterorganisation in der CSU, der CSA, einen mindestens ebenso gelungenen Festakt und freue mich auf die zukünftige, weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit, die das Ziel hat, die christlich-soziale Sache innerhalb der Unionsparteien zum Wohle unseres Landes voranzubringen.

Mit kollegialen Grüßen

Euer



Karl-Josef Laumann MdL  
Vorsitzender der CDA  
Minister für Gesundheit,  
Arbeit und Soziales in NRW



Im Namen der Europäischen Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) gratuliere ich herzlich zum 60jährigen Jubiläum der Christsozialen Arbeitnehmerschaft innerhalb der CSU. Sechs Jahrzehnte CSA: Das bedeutet Begleitung und Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland, der deutschen Einheit, des europäischen Einigungsprozesses, der Lebens- und Arbeitsstrukturen in einem zunehmenden globalen Wettbewerb. Dies alles auf der Grundlage der christlichen Soziallehre, die bei allen neuen Herausforderungen ihre Gültigkeit nicht verloren hat.

Für uns, für die Christsozialen, steht der Mensch im Mittelpunkt. Auch die globalen Entwicklungen schlagen sich nieder in Herausforderungen an den Einzelnen, an die Familien, die Betriebe, die Kommunen. Grenzüberschreitende Politik, sei sie national, europäisch oder global, wird nur aus dem Blickwinkel dieser kleinen Einheiten erfolgreich sein. Dies ist das Erfolgsrezept der CSA und ihrer Mutterpartei CSU. Und dieses Erfolgsrezept vertritt sie auch konsequent im Kreis der EUCDA.

Dort verlangt sie die Ausrichtung nicht an einem reinen Binnenmarkt, sondern am Leitbild einer wertegebundenen Union: Sie verlangt Grundwerte und Grundziele (Soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung, sozialer Schutz) sowie die Anerkennung einer Charta der Grundrechte, die auf dem christlichen Menschenbild beruht. Daher auch das eindeutige Bekenntnis zu einer Europäischen Verfassung, die alle diese Elemente beinhaltet und die gemäß dem Gebot der Subsidiarität die Rechte der Länder, Kreise und Gemeinden nicht einschränkt, sondern stärkt.

Kern des Europäischen Sozialmodells muss die Einbindung der wirtschaftlichen Kräfte des freien Marktes in ein Regelwerk sein, das nicht nur Missbräuche verhindert, sondern auch die Versorgung der sozialen Grundbedürfnisse und die soziale Sicherheit garantiert, das Freiheit und bürgerliche Rechtsgleichheit mit sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Ausgleich verbindet. Dieses Modell, die Soziale Marktwirtschaft, verknüpft das Prinzip von Freiheit und Verantwortung jedes Einzelnen mit einer aktiven Rolle des Staates.

Vor diesem Hintergrund trat und tritt die CSA auch innerhalb der EUCDA stets für eine Europäische Union ein, die sich nicht nur als wirtschaftliche Einheit versteht, sondern die soziale, ökologische und kulturelle Belange als lebensnotwendig erachtet. Sie fordert den Schutz von Demokratie in Form des Erhalts von Mitspracherechten der Arbeitnehmer auch

in neuen Beschäftigungsformen, in Form der Stärkung des Prinzips der mitdenkenden, mitverantwortlichen und motivierten Arbeitnehmer, des Prinzips des sozialen Friedens.

Diese Konsequenz und dieses Engagement reißt innerhalb der EUCDA-Familie auch die anderen 23 Mitgliedsorganisationen aus 17 Ländern mit. Daher unser gemeinsamer Glückwunsch an die CSA: Macht weiter so!

Euer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Elmar Brok', written in a cursive style.

Elmar Brok  
Präsident der EUCDA



## **CSA – Garant für soziale Nachhaltigkeit**

60 Jahre CSA bedeuten nicht nur 60 Jahre sozialpolitische Meilensteine für die Menschen in Deutschland, sondern auch sozialpolitische Innovation und gesellschaftliches Engagement, indem alte Klassengegensätze überwunden und eine sozial gerechte Politik erfolgreich gelebt wurde. Woran kann es also liegen, dass Skeptiker einer sozial gerechten Politik angesichts des globalen Wettlaufs des mobilen Kapitals nur noch geringe Gestaltungsspielräume einräumen?

Begründet wird dies oft damit, dass „der freie Markt nach Standorten suche, in denen er mithilfe niedrigerer Steuern, geringerer Sozialkosten, lascherer Umweltauflagen möglichst uneingeschränkt produzieren und somit Wert schöpfen könne“. In diesem Fall würden Staaten nämlich Gefahr laufen, sich einen gegenseitigen „Unterbietungswettlauf“ zu liefern, um als Standort noch attraktiver zu erscheinen, wobei am Ende immer niedrigere Sozial- und Arbeitsstandards stehen könnten.

Die Gestaltungs- und Schutzmacht des Staates schiene somit in Frage gestellt, der Sozialstaatskonsens brüchig. Das Vertrauen in das Wirtschaftssystem hat sich in der Tat in Deutschland wie in Österreich verringert, gerade angesichts ungleicher Verhältnisse zwischen stagnierenden Arbeitnehmereinkünften einerseits und Rekord-Unternehmensgewinnen andererseits, die oftmals ihren ungleichen Niederschlag in Vorstandsbezügen und Aktionärsdividenden finden.

Unbestritten ist, dass der Druck, der vom gegenwärtigen Tempo und Ausmaß des Globalisierungsprozesses auf den Wandel der wirtschaftlichen Strukturen in allen beteiligten Ländern ausgeht, auch gesellschaftliche und politische Folgen hat, mit denen sich CSA in Deutschland und ÖAAB in Österreich beschäftigen müssen. Vor allem gilt es, die Verlierer im Strukturwandel im Sinne sozialer Gerechtigkeit aufzufangen und ihnen eine menschenwürdige Zukunftsperspektive zu geben.

Dafür spricht nicht nur das Gebot der sozialen Gerechtigkeit, eines der unabdingbaren Prinzipien einer jeden christlich-sozialen Arbeitnehmerbewegung, wie es gerade CSA und ÖAAB sind, sondern auch durchaus eigennützige Beweggründe. Es geht nämlich vor allem darum, die ökonomische und politische Stabilität eines Landes als Voraussetzung für die

Nutzung von Globalisierungsgewinnern nicht zu gefährden.

Sowohl CSA als auch ÖAAB müssen deshalb für eine globale Ordnungspolitik und die Einhaltung der grundlegenden Wertepositionen sorgen, die dieser globalen Ordnungspolitik zugrunde liegen sollten. Ein Verzicht darauf würde bedeuten, die Regeln, die über den Erfolg des Wirtschaftens von Menschen und Unternehmen entscheiden, der Beliebigkeit verdeckter Machtpositionen und intransparenter Mechanismen zu überlassen.

Die Grundlagen für diese globale Ordnungspolitik könnten in der in Österreich so erfolgreichen (Öko)sozialen Marktwirtschaft zu finden sein, nachdem dieses Modell und der damit einhergehende Ausgleich unter den volkswirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Zielkonflikten Grundlage für das Wirtschaftswunder und den Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten war – ein Drei-Komponenten-Modell zwischen Marktwirtschaft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung.

Das wesentlichste Fundament der „Ökosozialen Marktwirtschaft“ ist eine leistungsfähige, innovative Wirtschaft, die auf der Dynamik des freien Marktes, auf Eigentum und Eigenverantwortung basiert. Auf diesem Fundament ruhen zwei nicht minder bedeutende starke Säulen: Die eine bedeutet sozialen Ausgleich, also die faire Verteilung der erwirtschafteten Güter, um einen dauerhaften Konsens innerhalb der Gesellschaft zu erreichen, die andere beinhaltet den Schutz der Umwelt.

Eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft würde die Umsetzung von gleichen ökologischen, sozialen und verfahrensmäßigen Standards beinhalten, unter Ausnützung von internationalen Organisationen und Vertragswerken (WTO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds, etc.), wo diese Standards für alle Partner gleich verpflichtend eingeführt werden könnten. Österreich und Deutschland als Wegbereiter für gelebte Ökosoziale Marktwirtschaft könnten dabei als Trendsetter einer solchen Entwicklung vorangehen.

Die wesentlichen Einsichten, die der Ordnungspolitik der Ökosozialen Marktwirtschaft zugrunde liegen, sollten CSA und ÖAAB auch bei dem Bemühen um eine globale Ordnungspolitik im zunehmenden und unaufhaltbaren Prozess der Globalisierung leiten. Eine globale Welt benötigt eine internationale Ökosoziale Marktwirtschaft mit dem Ziel der Schaffung von äußeren Bedingungen, die jedem Menschen eine Chance auf die Entfaltung

seiner produktiven Möglichkeiten und auf ein menschenwürdiges Leben geben.

Nach 60 Jahren erfolgreicher Sozialpolitik für die Menschen Deutschlands wird es einmal mehr an der CSA liegen, für jene Kernelemente zu sorgen, die diesen Ordnungsrahmen, stützen - die Durchsetzung und der Schutz der Freiheit der internationalen Märkte, der Schutz von Mindeststandards im Prozess des Wirtschaftens, und zwar sozialen Mindeststandards und Standards zum Schutz der Umwelt, sowie die soziale Mindestabsicherung der weniger leistungsfähigen Mitglieder.

Können diese Kernelemente in die Tat umgesetzt werden, kann auch die Vision einer globalen Ökosozialen Marktwirtschaft Wirklichkeit werden. Für die CSA wie auch für den ÖAAB bleibt also auch in den nächsten Jahrzehnten viel zu tun, wobei davon auszugehen ist, dass beide christlich sozialen Arbeiterbewegungen weiterhin für qualitative (öko)soziale Reformen stehen und als Ideenbringer und Motor ihren unersetzlichen Beitrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten werden.

Viel Glück und Erfolg für die nächsten Jahrzehnte,



Abg.z.NR Fritz Neugebauer  
Bundesobmann  
Österreichischer Arbeitnehmerinnen  
und Arbeitnehmer Bund



Abg.z.NR Werner Amon, MBA  
Generalsekretär  
Österreichische Arbeitnehmerinnen  
und Arbeitnehmer Bund

## 2. „Der lange Weg des deutschen Sozialstaates“

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit a.D.



### I. Die Herkunft des Sozialstaates

Der Sozialstaat ist ein Kind der Neuzeit. Erst nachdem die Absicherung der großen sozialen Risiken - Unfall, Krankheit, Invalidität, später Arbeitslosigkeit und Pflege – aus den Unternehmen externalisiert worden waren, konnte sich eine marktwirtschaftliche Ratio entfalten, die sich im Wettbewerb bewährte und am Gewinn Maß nahm. Solange der Betrieb auch erweiterte Familie war, was für die Zeit weit über das Mittelalter hinaus galt, konnte sich kein freies, marktwirtschaftliches Unternehmertum entwickeln. Die Trennung von Haushalt und Produktionsstätte war der erste Schritt zu einem modernen Unternehmertum. Der zweite Schritt war der rechts- und sozialstaatliche Rahmen, der auf eine funktionierende Marktwirtschaft angewiesen ist.

Der Familienzusammenhalt erfüllt auch heute noch in vorindustriellen Gesellschaften die Funktion, die in modernen Gesellschaften der Sozialstaat übernommen hat. Ein wirtschaftlich erfolgreiches Familienmitglied ist für die gesamte Sippe und deren soziale Sicherung zuständig. Er ist gleichsam die personifizierte Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung für die gesamte Verwandtschaft. Dass unter dieser Last ein Durchbruch zum freien Unternehmertum mit Innovation und Investition schwer möglich ist, leuchtet ein. So verhindert das Fehlen sozialstaatlicher Absicherung die Entfaltung unternehmerischer Persönlichkeiten. Dem Erfolgreichen sind alle Hände gebunden. Seinen Erfolg teilt er mit der Familie: Statt Investitionen verwandtschaftliche Unterstützung.

Wo andererseits die Familienbande zerfallen, ohne dass ein Sozialstaat eintritt, entsteht jene amorphe Gesellschaft, in der jeder um sein Überleben kämpft und durch eine tiefe Spaltung in Reich und Arm gekennzeichnet ist. Dieses Exempel ist gegenwärtig in Russland zu besichtigen, wo die Chicago Boys den russischen Reformern einredeten, auf Sozialstaat verzichten zu können und allein auf Deregulierung, Privatisierung und Wettbewerb zu setzen. Das seien die ausreichenden Bedingungen des Wohlstandes. Dieser „neoliberale Wohlstand“ ist an der Riviera und in Zypern zu besichtigen, wo die russischen Neureichen ihr Geld transferierten. Selbst englische Profi-Fußballclubs leben von diesem exportierten russischen Chicago-Wohlstand. Der neue Wohlstand in Russland ist exklusiv. 20 Milliarden stampfte er über Nacht aus dem Boden, während die Masse hungert.

Aber auch auf der anderen Seite, nämlich im Sozialismus, behinderte der fehlende Sozialstaat wirtschaftliche Produktivität. Da in der Planwirtschaft der Plan und nicht der Markt über den Erfolg des Unternehmens entscheidet, waren die sozialstaatlichen Aufgaben – jedenfalls teilweise – im Unternehmen internalisiert. In der DDR beispielsweise war die Arbeitslosigkeit auch deshalb gering, weil ein Teil der Beschäftigungslosen weiter im Betrieb untergebracht waren. Das war auch eine Art von Arbeitslosenversicherung, jedoch keine sozialstaatliche, sondern eine interne unternehmensbezogene. Selbst im kapitalistischen Musterland USA gefährdet derzeit der unternehmensinterne Sozialstaatsersatz, wie beispielsweise Pensionskassen, den Bestand von großen Unternehmen wie General Motors, Chrysler, Ford, weil sie Unternehmen mit Aufgaben belasten, die sie nicht schultern können.

### ***Sozialstaat in der Defensive***

Der Sozialstaat ist eine Existenzbedingung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Trotz dieser historisch erwiesenen Einsicht muss sich der Sozialstaat fortgesetzt und in letzter Zeit sogar stärker gegen seine Gegner behaupten, die sich besonders unter jenen befinden, welche für sich beanspruchen, die wahren Vertreter der Marktwirtschaft zu sein.

Der Sozialstaat verliert Anhänger. Das mag auch damit zusammenhängen, dass, solange der Ost-West-Systemwettbewerb die Weltwirtschaft dominierte und Kapitalismus und Sozialismus um die Weltherrschaft kämpften, eben dieser Kapitalismus gezwungen war, zu beweisen, dass sein System sozialer sei als seine sozialistische Konkurrenz. Der Sozialstaat war ein Teil der Legitimationsgrundlage des freien Westens. Jetzt, nachdem der Sozialismus zusammengebrochen ist, verliert der Kapitalismus alle Fesseln und kehrt zur alten, ungeschminkten Brutalität zurück. Es gilt nur noch der Erwerbstrieb.

Der Niedergang des Sozialstaates wird dadurch begünstigt, dass er seiner historischen Herkunft nach ein nationales Gebilde ist; die Wirtschaft sich jedoch zusehends globalisiert und sich so den nationalstaatlichen Ordnungen entwunden hat. Hinzu kommt, dass sich auf Seiten der den Sozialstaat gesellschaftlich tragenden Kräfte eine Disparität zwischen Arbeit und Kapital herausgebildet hat. Das Kapital ist mobil und umkreist in Form von Finanzströmen auf der Datenautobahn den Erdball, während die Gewerkschaften weiterhin national stationiert sind. Auch kein Finanzminister hat so schnelle Beine wie das Kapital flüchtet.

Der Kapitalismus hat sich von allen nationalen Ankerplätzen losgerissen. Die Gewerkschaften als Gegenmacht und der Nationalstaat als Zuchtmeister verlieren Kraft. Kapital dominiert die Globalisierung. Globalisierung ist dem Grunde nach Kapitalisierung.

### ***Die Hoffnung auf globale Wende***

Doch der Triumphzug des Kapitals und seiner neoliberalen Messdiener ist jedoch nur eine Zwischenepisode. Denn ohne soziale und rechtliche Ordnung landet der Kapitalismus im Chaos. Der Kapitalismus gräbt sich selber sein Grab, denn Marktwirtschaft ohne Sozialordnung funktioniert nicht.

Was unsere sozialpolitischen Vorgänger an nationalstaatlicher Bändigung des wilden Kapitalismus' zustande brachten, das müssen wir heute global besorgen. Wie damals muss der Sozialordnung ein Weg zwischen totaler Verstaatlichung und rücksichtsloser Privatisierung gebahnt werden.

Vor dem Privatisierungs-Tsunami ist inzwischen nichts mehr sicher. Private Wachdienste sind inzwischen in den USA stärker ausgebaut als die öffentliche Polizei: Der Staat erfüllt schon nicht mehr die Aufgabe einer Wach- und Schließgesellschaft. Der Nachtwächterstaat hatte noch einen staatlichen Wächter. Der wird inzwischen auch privatisiert. Der Sozialstaat wird der Privatversicherung übergeben. Das geht nicht gut.

Frieden gibt es nur im Bündnis mit Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit ist keine reine Privatsache. Sie ist nicht nur Tugend, sondern auch Prinzip staatlicher Ordnung. Der Sozialstaat ist Bedingung der öffentlichen Friedensordnung.

Der Sozialstaat ist eine Gestalt der Mitte. Er hält gleichweiten Abstand zur staatlichen Totalisierung wie zur Anarchie.

Die stärkste Stütze für eine Sozialpolitik der Mitte ist der Mensch selber, denn seiner Natur nach ist er weder Einzelgänger noch Herdenvieh. Er ist sowohl Individuum wie Sozialwesen.

Der homo oeconomicus ist eine folgenschwere Fehleinschätzung der menschlichen Natur. Konstitutiv für den Menschen (wie auch jüngste Ergebnisse der Hirnforschung belegen) ist

seine soziale Anlage. Er ist wesensmäßig „animale social“ und nicht „homo oeconomicus“. Anders hätte der Mensch gar nicht überlebt, denn er ist das schwächste unter allen Lebewesen. Als biologische Frühgeburt verdankt er sein Überleben dem Miteinandersein. Von der Wiege bis zur Bahre sind wir auf andere angewiesen. Solidarität ist im Wesen des Menschen angelegt. Seine Freiheit ermöglicht ihm zwar, diese seine Sozialanlage zu unterdrücken. Doch immer, wenn er das versuchte und sich in Rassen, Klassen, Kasten und Schranken einsperren ließ oder dem Egoismus Raum gab, landete er in Katastrophen.

Der moderne Neoliberalismus ist im Unterschied zu seinen ursprünglichen Namensgebern, wie sein Gegenpart, der Sozialismus, aus dem Stoff gebaut, aus dem die zivilisatorischen Katastrophen ihren Nachschub erhielten. Der „neue“ Neoliberalismus ist platter Individualismus, so wie der alte Sozialismus glatter Kollektivismus war. Beide verfehlen die menschliche Natur.

## **II. Prinzipien des Sozialstaates**

Solidarität als Grundnorm des Sozialstaates entwickelte sich historisch in zwei Formen:

### **1. Fürsorge**

Die ältere Form der Solidarität folgt der Maxime: „Einer für alle, alle für einen“. Diese Solidaritätsform ist die ältere, und ihr Geburtsort ist die Familie. Der Mensch kommt biologisch gesehen 9 Monate zu früh zur Welt. Kein Instinkt sichert ihn. Er muss fast alles von anderen lernen. Sein „extra-uterinäres Frühjahr“ übersteht er nur durch fürsorgliche Solidarität. Ohne frühe Geborgenheit durch Familie wäre die Menschheit bestenfalls eine kurze Episode der Entwicklung geblieben.

Die Hilfe für den Schwachen ist die Grundlage der sozialstaatlichen Fürsorge. Sie ist bedürfnisorientiert und soll existenzsichernd sein. Hilfe in Not ist der Auslöser ihrer Aktivität. Angetrieben wird diese Hilfe durch die menschliche Fähigkeit zum Mitleid. Barmherzigkeit ist das christliche Gebot, das die fürsorgliche Solidarität stützt. Die Sozialhilfe (bzw. Hartz IV) ist die neuzeitliche Form dieser Fürsorge.

## **2. Gegenseitigkeit**

Das Solidarprinzip der Gegenseitigkeit hat sich zivilisationsgeschichtlich später entfaltet. Es folgt der Maxime: „Wie Du mir, so ich Dir“. Die Gerechtigkeit musste ihre erste Bewährungsprobe mit Hilfe des Maßstabes Äquivalenz bestehen, der die Gegenseitigkeit konstituiert. Der Tausch ist die klassische Form, die durch das Gegenseitigkeitsprinzip gesteuert wird.

Mit Hilfe des Prinzips der Gegenseitigkeit überwandene unsere noch primitiven Vorfahren – worauf Arnold Gehlen hingewiesen hat – die engen Grenzen der Sippe: „Braut gegen Kuh“, das war ein zwar primitiver, aber dennoch zivilisatorischer Fortschritt.

Auch das alttestamentarische Strafrecht: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ ist eine Ausformung des Gegenseitigkeitsprinzips und gegenüber der blinden Rachsucht ein Bändigungsinstrument und ebenso ein zivilisatorischer Fortschritt.

In der Tauschwirtschaft kompensieren die „Geschäftspartner“ ihre wechselseitigen Schwächen durch die Stärken des Anderen. Der Jäger zum Beispiel bietet seine Beute gegen Jagdwaffen zum Tausch an. Der Töpfer tauscht mit dem Bauern das, was in den Topf hinein muss: Lebensmittel. Das Geld optimiert als neutrales Zahlungsmittel die Gegenseitigkeitsgeschäfte, indem es ermöglicht, über Dreiecksverhältnisse die Spannweite der Tauschgeschäfte zu erweitern.

Bis in die höchsten Höhen der Moral lässt sich das Gegenseitigkeitsprinzip aufspüren. Kant's kategorischer Imperativ, nach dem die Maxime des eigenen Handelns auch für eine allgemeine Gesetzgebung tauglich sein muss, ist eine moralphilosophische Ausformung des Gegenseitigkeitsprinzips. Diese Moralformel fußt auf der alten Goldenen Regel: „Was Du nicht willst, das man Dir tue, das füg auch keinem andern zu“. Der kategorische Imperativ hebt die Gegenseitigkeitsbedingung der Goldenen Regel allerdings über die Privatsphäre hinaus.

Das Prinzip der Gegenseitigkeit hat auch einen wichtigen, modernen Teil der Sozialpolitik geformt, nämlich die Sozialversicherung. Moderne Sozialpolitik folgt nicht nur dem Gebot der Barmherzigkeit. Sie beschränkt sich nicht auf die Armenfürsorge, sondern versucht

auch die Frage der Gerechtigkeit zu beantworten.

Wer wie die Neoliberalen vorschlägt, den Sozialstaat auf die Bedürftigen zu konzentrieren, dreht das Rad der Geschichte um 150 Jahre zurück und nimmt in der Zeit vor Bismarck wieder Platz, in der allein die Fürsorge das sozialpolitische Handeln bestimmte.

### ***Die Moral der Sozialversicherung***

Die Sozialversicherung ist die organisierte Emanzipation von einer Politik, die lediglich Hilfe für die Armen ist. Sie organisierte einen auf Gegenseitigkeit aufgebauten Risikoausgleich in der klassischen Form der solidarischen Selbsthilfe entsprechend der Sozialversicherung. In ihrer Vorsorge kreuzen sich Eigen- und Mitverantwortung. Sie unterscheidet sich so elementar von lediglich privater, nur eigenverantwortlicher Selbstvorsorge.

Die deutsche Rentenversicherung regelt das Maß des Anspruchs auf eine Rente durch das Maß der Vorleistung durch einen Beitrag. Beitrag und Rente stehen in einem Verhältnis der Gegenseitigkeit. Das Umlagesystem fügt diesem Gedanken noch eine besondere Pointe hinzu: Mit dem Beitrag wird die Vorgängergeneration finanziert, aber diese Leistung für die Alten ist auch das Maß für den Anspruch auf Rente, der von der nachfolgenden Generation finanziert wird. Die fast geniale Verknüpfung von Eigen- und Mitverantwortung verschafft, worauf Oswald von Nell-Breuning immer gepocht hat, dem Umlagesystem eine moralische Moralität, welche der Privatversicherung fehlt. Denn diese appelliert lediglich an die Eigenvorsorge.

Freilich, die Höhe des Rentenanspruches ist nie ein nominaler, sondern immer ein proportionaler, der realisiert wird im Rahmen des jeweils aktuellen Sozialproduktes, das zur Verteilung steht. Aber anders als die kapitalgedeckte Privatversicherung ist es explizit mit der Rentenformel in den konkreten Wohlstandszusammenhang der Generationen eingebaut. Deshalb sind die Leistungen des Umlagesystems auch dynamisiert, während die Kapitaldeckung eine solche Anpassung an veränderte Lebensumstände in der Regel nicht gewährt.

## **Sozialstaatsalternativen**

Der nationale Sozialstaat fußt auf unterschiedlichen Sozialstaatstraditionen, die sich stark typisiert auf drei Traditionsstränge zurückführen lassen.

Die **angelsächsische Sozialpolitik** ist stark vom Gedanken der Fürsorge geprägt. Den Armen muss geholfen werden. Das gebietet die christliche Barmherzigkeit. Das Beispiel vom christlichen Samariter gab dieser Bewegung sein biblisches Vorbild. So bewundernswert dieser Samariter auch ist, so bringt uns doch auch das biblische Beispiele vom Samariter auf den Gedanken, dass man nicht nur Wunden heilen soll, sondern auch dafür sorgen muss, dass keine Wunden entstehen. Dafür reicht die Barmherzigkeit nicht. So viel Verbandszeug hat kein Samariter, wie Räuber Wunden schlagen können. Barmherzigkeit ist auf Gerechtigkeit angewiesen. So wie andererseits die Gerechtigkeit nie ohne Barmherzigkeit auskommen kann, schon allein deshalb nicht, weil es auf Erden keine vollkommene Gerechtigkeit gibt.

Das **skandinavische Sozialmodell** ist stärker staatsorientiert. Der Staat als das große „Volkshaus“ übernimmt auch die Aufgabe einer umfassenden staatsbürgerlichen Versorgung. Also nicht nur die Aufgabe der Fürsorge, sondern auch der Ver- und Vorsorge, die weit über die Sicherung des Existenzminimums hinausgeht. Die staatliche Versorgung ist steuerfinanziert und geprägt vom Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichheit. Der Sozialstaat ist die direkte Verlängerung rechtsstaatlicher Maxime.

Es lässt sich in letzter Zeit jedoch feststellen, dass auch in der skandinavischen steuerfinanzierten Sozialpolitik immer stärker auch beitragsbezogene Steuerungselemente einbezogen werden.

Das **kontinental-europäisch geprägte Sozialmodell** ist versicherungsorientiert, also der Solidarität auf Gegenseitigkeit verpflichtet, ohne auf die Fürsorge als dem letzten Netz zu verzichten. Die Sozialhilfe soll Ausnahme bleiben. Sozialversicherung die Regel. Die Sozialversicherung ist nicht nur ein Instrument der Armutsbekämpfung. Sie war von Anfang an mit einer Pädagogik des aufrechten Ganges verbunden. Das beitragsfinanzierte Sozialversicherungsmodell ist eine Form der solidarischen Selbsthilfe, die Sozialversicherung ein Teil der Selbstbehauptung der Arbeiterschaft. Mit Hilfe der Sozialversicherung emanzipierte

sich die Arbeitnehmerschaft aus der Obhut eines fürsorglichen Obrigkeitsstaates. Für Bismarck war die Sozialversicherung Zuckerbrot zur Peitsche der sozialistischen Gesetzgebung. Er hoffte, mit der Sozialversicherung die Arbeiterbewegung zu schwächen. Das hat er nicht geschafft, aber doch unbeabsichtigt ihren reformerischen Flügel gestärkt. So hat die Sozialpolitik auch dazu beigetragen, Revolutionen den Nachschub anzuschneiden.

Der Vorzug der Beitragsfinanzierung besteht darin, dass die Leistungen, die der Sozialstaat gewährt, vom Anspruchsberechtigten selbst erarbeitet werden. Das macht eine mentale Differenz zu sozialstaatlichen Leistungen aus, die lediglich staatlich zugeteilt werden. Im Beitrag liegt auch ein der Steuerfinanzierung unbekanntes Element, nämlich der Steuerung an Ansprüchen: Wer mehr Leistungen fordert, muss bereit sein, mehr Beiträge zu zahlen. Wenn die Beitragsbelastung ihre Grenze hat, so auch die Leistungsausweitung. So schützt die Beitragsfinanzierung auch vor Anspruchsinflation.

Fürsorge im kontinentaleuropäischen Sinn ist dieser Sozialversicherung nachgeordnet. Je mehr jedoch die Sozialversicherung geschwächt wird, um so stärker nähert sich unser kontinentaleuropäischer Sozialstaat dem angelsächsischen Fürsorgestaat.

Angelsächsisches wie skandinavisches Modell sind staatsorientiert. Das deutsche System entspringt dagegen der Idee der Partnerschaft. Deshalb ist es selbstverwaltet. Dass in Deutschland keine klassenkämpferische Sozialkultur entstand, verdanken wir der Sozialversicherung. In der Selbstverwaltung lernten die Kontrahenten - Gewerkschaften und Arbeitgeber - gemeinsame Verantwortung und mutierten von Klassengegnern zu Partnern. Die Selbstverwaltung der Sozialversicherung und die Tarifautonomie wäre die Schule der Partnerschaft. Die Selbstverwaltung ist jedoch verkümmert. Eine Reform, die der Subsidiarität verpflichtet ist, müsste die Selbstverwaltung wiederbeleben und somit den Staat von Konflikten entlasten und die Partnerschaft stärken.

### ***Reformen in der Sozialversicherung***

Die Sozialversicherung darf nicht erstarren. Auf Veränderungen muss sie reagieren, ohne ihre Prinzipien aufzugeben. Die Familienleistungen können in einer Kinderkasse gebündelt werden und damit transparenter und verteilungsgenauer werden. Der Generationenvertrag, der drei Generationen umfasst, würde plausibler, wenn neben die Altenkasse eine

Kinderkasse treten würde.

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Der alte Arbeitnehmerbegriff reicht nicht mehr, um Beitragspflichten auszulösen. Er ist längst ausgefranst, was solche Krückenbegriffe, die ihn ergänzen sollen, wie beispielsweise „Scheinselbständige“, beweisen. Deshalb muss der Kreis der Beitragspflichtigen neu definiert werden.

Fremdleistungen, welche die Sozialversicherung übernommen hat, müssen entweder ausgegliedert oder steuerfinanziert werden. Die Finanzierung der Weiter- und Fortbildung durch die Bundesagentur für Arbeit ist keine Aufgabe der Beitragszahler, sondern – wie die allgemeine Bildungspolitik – der Steuerzahler.

Die beitragsfinanzierte Sozialversicherung war nie unumstritten. In der Nazi-Zeit machte der Führer der Deutschen Arbeiterfront Robert Ley den Versuch, die beitragsfinanzierte Rente durch ein steuerfinanziertes Versorgungsmodell zu ersetzen, das starke Ähnlichkeit mit dem später in Großbritannien vorgelegten Bavaridge-Plan hatte.

Neuerdings will der CDU-Ministerpräsident Althaus ein Bürgergeld für alle einführen. Die Konfusionen kennen keine Grenzen, Rechte und Linke überschlagen sich in der Erfindung eines neuen Sozialstaates. Denn neu muss sein, was gelten soll. Die Diskussion nimmt pubertäre Züge an. Doch hinter den Masken lauern auch handfeste Geschäftsinteressen, die den alten Sozialstaat beerben wollen.

Die Kriegereignisse übertönten damals alle sozialpolitischen Änderungsabsichten. Im zerbombten Nachkriegsdeutschland war die beitragsbezogene Sozialversicherung dann allerdings konkurrenzlos. Die Privatversicherung lag am Boden. Ihr Kapital war vernichtet. Den Staat gab es nur in Restbeständen. Das Geld langte kaum zum Überleben. Die Rentenversicherung aber zahlte die Rente. Ihre eigenständige Solidarität erwies sich als das beständigste. Eisenhower, der amerikanische General und spätere US-Präsident, soll verwundert gesagt haben: „Jetzt verstehe ich Zuverlässigkeit. Deutschland ist ruiniert, Städte und Fabriken sind zerstört, aber die Rente wird gezahlt.“

So wenig wie damals eine Privatversicherung oder die Staatsversorgung die beitragsfinanzierte Sozialversicherung ersetzen konnte, war das auch 45 Jahre später bei der deutschen

Wiedervereinigung nicht möglich. Weder Privatversicherung noch Staat konnten lösen, was die Sozialversicherung durch die ihr „angeborene“ Solidarität zustande brachte.

Vier Millionen DDR-Renten waren gleichsam über Nacht umgestellt und wurden noch drei Monate vor dem Tag der Deutschen Einheit ausgezahlt.

Innerhalb weniger Wochen stand die Arbeitslosenversicherung und fing die Massen der neuen Arbeitslosen auf, stampfte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus dem Boden und verhinderte so eine Völkerwanderung von Ost nach West.

Die gegliederte Krankenversicherung trat innerhalb eines halben Jahres anstelle des staatlichen DDR-Gesundheitssystems und schloss innerhalb kurzer Zeit große Versorgungslücken, beispielsweise bei den Dialyse-Patienten.

Die Unfallversicherung war schnell und geräuschlos vor Ort und nahm ihren Dienst innerhalb kurzer Zeit auf. Keine staatliche Verwaltung konnte sich mit der Sozialversicherung messen.

Es steckt eben ein gutes Stück Solidarität in den Knochen der Sozialversicherung, und diesen Fundus zu bewahren und zu pflegen, die Selbstverwaltung auszubauen und so mehr und mehr zu einem sich selbst steuernden System auszubauen, das frei ist von staatlicher Intervention, das ist das lohnende Ziel einer Reform.

Die Sozialversicherung hat es nicht verdient, als Abbruchunternehmen behandelt zu werden. In einer Art von Ideologischer Gehirnwäsche haben es die Neoliberalen verstanden, von der Schwäche des kapitalgedeckten Privatsystems abzulenken und die Ängste der Menschen auf die Sozialversicherung zu projizieren. Weltweit wackeln die Pensionsfonds. Große amerikanische Firmen, wie General Motors, Chrysler und Ford, drohen von ihren Pensionsversprechen erschlagen zu werden. Bei Enron und anderswo wurden die Arbeitnehmer um Milliarden betrogen, auf die sie im Alter gesetzt hatten.

### ***Die neuen Lehensherren***

Billionen von Finanzkapital vagabundiert um den Erdball, ohne bei Investitionen zu ankern.

Sie erschöpft ihre Aktivität im Fusionieren, Filetieren, Kaufen und Verkaufen. Spekulation ist anstelle der realen Wertschöpfung getreten.

Der ursprüngliche Kapitalismus, den Max Weber beschrieben hatte, war werteschaaffend. Bis in unsere Zeit galt: Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Dieser Zusammenhang ist veraltet. Die neuen Kapitalisten wollen Kasse machen. Die Hedge-Fonds sind eine Art von Wettbüros und haben mit Investitionen und Arbeitsplätzen nichts zu tun..

In dieser virtuellen Welt der Spekulanten degenerieren die Unternehmer zu Funktionären der Börse. So wird jede personale Unternehmenskultur untergraben.

Eine Privatisierung der Sozialversicherung füttert den Finanzkapitalismus. Sollen die Arbeitnehmer jetzt mit ihren Beiträgen zur Privatversicherung ihre Metzger finanzieren?

Sollen die institutionellen Anleger namens Pensionsfonds, die mit Eigentum und Arbeit nichts am Hut haben, von den Beiträgen der Arbeitnehmer gefüttert werden?

Eigentum und Arbeit werden beide vom Finanzkapitalismus ruiniert. Schon verdrängt das Mieten das Besitzen. Leasen wird schick. Eigentum wird aber nur im Bündnis mit Arbeit überleben. „Eigentum in Arbeitnehmerhand“ wäre eine Festungsmauer, die uns vor den Horden des Finanzkapitals schützt. Das Eigentum in Arbeitnehmerhand wird wieder an Arbeit gebunden, wie es einem uralten Gebot der Christlichen Soziallehre entspricht.

Ein kluger Mittelstand muss sich mit dem Arbeitnehmer verbünden, wenn er nicht überfahren werden will. Im anderen Fall wird er zu einer Art Filiale der Großunternehmen, von denen er eine Art Lehen von Gnaden der neuen Lehensherren zugeteilt bekommt.

Arbeit ist wichtiger als Kapital. In einer Wissensgesellschaft nimmt die relative Bedeutung des Kapitals ab und der Wert der Arbeit zu. Schon heute wird die Wertschöpfung in vielen Unternehmen mehr durch Innovation als durch Investition bestimmt. Der Kapitaleinsatz verliert alle beherrschenden Funktionen. Arbeit ist die modernste Vermögensform und der stärkste Sicherheitsfaktor.

Es ist wie im Todeskampf, wenn das Kapital seinen Bedeutungsverlust mit verzweifelten Angriffen auf die von Arbeit bestimmte Sozialversicherung konzentriert.

Wohlstand der Völker schöpft aus der Arbeit. Das wusste schon der Urgroßvater des Liberalismus, Adam Smith, besser als seine neoliberalen Enkel.

Ganze Bataillone von Wissenschaftlern sind ausgeschwärmt, die Rentenversicherung madig zu machen. Das Geschäft lohnt sich. Wenn es gelingt, den Beitrag zur Sozialversicherung auf die Privatversicherung umzulenken, steht ein Milliarden Gewinn für die Privatversicherungswirtschaft ins Haus. Dafür kann man auch ein paar hundert Millionen für „hörige“ Wissenschaftler und in die BILD-Zeitung investieren. BILD ist nicht die Zeitung des Kleinen Mannes, sondern des Großen Kapitals.

Sollte es gelingen, die Privatversicherung zur Pflichtversicherung zu machen, könnte die Privatversicherung zudem auf ihren teuren Apparat der Kundenwerbung ganz verzichten, was die Gewinnaussichten für die Anleger nochmals erhöhen würde.

Mit allen Tricks wird das Umlagesystem schlechtgemacht. Bis in die Sprache hinein findet die Abwertung statt. Der Privatversicherung wird das Etikett „Eigenverantwortung“ reserviert. Für die Sozialversicherung bleibt nur das Bild von der „sozialen Hängematte“. Dabei sind die Beiträge zur Sozialversicherung ebenso eigenverantwortlich wie die zur Privatversicherung. In beiden Fällen wird ein Anspruch erworben, der erste in der Zukunft verwirklicht werden kann und der deshalb von den wirtschaftlichen Bedingungen der Zukunft abhängig ist. Kapital, das nicht genutzt werden kann, wirft nämlich keine Renditen ab so wenig wie Arbeitslosigkeit Lohn erzeugt.

Beiträge, ob zur Privatversicherung oder zur Sozialversicherung, sind Ansprüche an ein zukünftiges Sozialprodukt. In alttestamentarischen Zeiten konnte man noch real für die Zukunft vorsorgen, indem man das Korn in sieben fetten Jahren für die sieben mageren speicherte. In unserer Gesellschaft dagegen sind alle Ansprüche rechtlich, die von den realwirtschaftlichen Verhältnissen zur Zeit ihrer Einlösung konkret proportionalisiert werden. Es gilt: „Nur das Brot, was jetzt gebacken wird, kann jetzt gegessen werden.“ Maschinen, die nicht laufen, sind totes Kapital, wie Arbeit, die brach liegt, keine Frucht bringt.

## ***Kapitaldeckung***

Die Kapitaldeckung bietet einen Vorteil gegenüber dem Umlagesystem: Sie kann weltweit anlegen. Diese ihre starke Seite ist aber zugleich auch ihre Wunde Stelle, denn damit ist sie den Turbulenzen der Weltwirtschaft ausgesetzt. Und mit Aussicht auf Rendite können wir vorerst nur in Ländern anlegen, die die gleichen demographischen Probleme haben wie wir. Und zu hoffen, dass die Dritte Welt mit unserem Kapital die Zinsen erwirtschaftet, mit denen wir unsere Alten ernähren, ist eine verwegene Illusion. Im übrigen sagt die Kopfzahl der Geburten noch nichts über die Chancen der sozialen Sicherung aus, denn sonst müssten in Indien, Brasilien und am Kongo hohe Renten gezahlt werden können. Es hängt viel von dem Stand der Produktivität einer Volkswirtschaft ab, jedenfalls relativ mehr als von der Kopfzahl der Geburten.

Die kapitalgedeckte Alterssicherung ist entgegen anderslautender Meldungen gegen Demographie nicht immun. Wenn der Nachschub an Beitragszahlern zurückgeht, kommt sie in Bedrängnis.

## ***Rentendemontage***

Freilich, man kann auch die Rentenversicherung in einen Zustand bringen, in dem sie nur noch ein Torso ist. In dieser Gefahr stehen wir. Mit der Riester-Rente und mit der beitragsfreien Gehaltsumwandlung, werden der Rentenversicherung Beiträge entzogen, auf die sie angewiesen ist.

Der freiwillige Beitrag zur Riester-Rente geht in die Nettoberechnung ein. Damit ist das Rentenniveau durch die einfache Veränderung der Beitragshöhe zur Riester-Rente frei manipulierbar. Da der Riester-Beitrag ein freiwilliger Beitrag ist, kommt es ja nicht darauf an, dass ihn jeder zahlt. Mit der Veränderung der Zahl 4 kann man jedes beliebige Rentenniveau leichter Hand programmieren.

Die Leidtragenden der Riester-Rente sind diejenigen, die keine Riester-Rente abschließen können, denn ihre Rentenansprüche sinken. Die Rente der Verkäuferin sinkt, weil ihr Verkaufschef eine Riester-Rente erhält. Die Schwachen bezahlen eine Rechnung für Leistungen, welche die Stärkeren erhalten. Das ist eine Premiere für die auf den Kopf

gestellte Solidarität.

Man kann der Rentenversicherung nicht die Beine amputieren und anschließend sich beschweren, dass die Rentenversicherung nicht mehr laufen kann. Das ist eine Rentenpolitik des Zynismus'.

### ***Der Kampf nach zwei Seiten***

Der deutsche Sozialstaat steht im Zangengriff von Privatisierung und Verstaatlichung. Die einen wollen die Sozialversicherung privatisieren, die einen verstaatlichen. Die Extreme reichen sich wie so oft die Hand. Was so aussieht, als würde es sich als diametral widersprechenden Standpunkt ausschließen, erweist sich bei Licht betrachtet als ein unverhoffter Bund von Neoliberalen und Altmarxisten, denen auch noch ein paar nützliche Idioten in ihrem Angriff auf die subsidiäre Solidarität beispringen. Die Neoliberalen halten nichts von der Solidarität und verstehen Subsidiarität missverständlich als bloße Eigenverantwortung. Die Altmarxisten sind kein Freund der gegliederten Gesellschaft abgestufter Verantwortung, deshalb Gegner der Subsidiarität.

Die Privatversicherungsstrategen werden deshalb eine staatliche Mindestversorgung fordern, weil sie akzeptieren müssen, dass die gewinnorientierte Privatversicherung nicht die Versicherung für alle sein kann. Denn es gibt viele, die sich eine Privatversicherung gar nicht leisten können, zumal ihre Beiträge risikoabhängig, für die Schwachen also teurer sind.

Die Verstaatlicher dagegen wissen, dass eine staatliche Mindestversorgung nicht das Gerechtigkeitsproblem löst, sondern ein Instrument der Nivellierung ist, mit dem die Menschen sich nie einverstanden erklären werden. Deshalb sind sie auf private Ergänzung angewiesen. Was wie eine Gegnerschaft aussieht, ist eine Arbeitsgemeinschaft zur Zerstörung der Sozialversicherung. Eine neoliberale Hand wäscht die andere altmarxistische.

Die Pointe des ungewollten Bündnisses ist, dass die Gegner, Neoliberalismus und Altmarxisten, jeweils das Gegenteil von dem befördern, was sie erreichen wollen. Zerstörung der Tarifautonomie erzwingt den staatlichen Mindestlohn. Zerstörung der

Sozialversicherung einen Mix von Bürgergeld und Privatversicherung. Karl Marx muss sich noch im Grabe bestätigt fühlen: Die List der Dialektik treibt die Pendelschläge zwischen den Gegensätzen an. Die Gegensätze schaukeln sich wechselseitig hoch.

### ***Christlich-Soziale Position***

Die Christlich-Sozialen müssen wissen, auf welcher Seite sie in ihrem Kampf stehen. Sie verteidigen mit der subsidiären Solidarität altchristliches Gedankengut. Der Marxismus hat überlebt, und der Neoliberalismus ist vorübergehend. Seine Vorhut hat nur noch nicht bemerkt, dass sie bereits Nachhut ist. Während man sie hinten bejubelt, sind vorne keine Fahnen mehr von ihnen zu sehen. Die Christlich-Sozialen müssen Nerven behalten und Standfestigkeit beweisen, dann bestimmen sie, wer den nächsten Abschnitt der Sozialgeschichte bestimmt. Nicht alles Alte ist schon deshalb schlecht, nur weil es alt ist.

Die Reformer galten früher als die Gegner der Revolutionäre, weil sie nicht alles verändern wollten. Sie wurden als Bremser beschimpft. Die neuen Reformer sind dagegen fasziniert von schnellen Neuigkeiten. Alles muss verändert werden, wenn es sein muss mit „Ruck“, als sei geschichtlicher Wandel eine Sache für Gewichtheber. Hauptsache, neu muss sein, was gelten soll. Die letzten Verrücktheiten werden als Rettung ausgegeben. Doch das Volk ist nicht so dumm, wie die Neoliberalen es einschätzen.

Jedenfalls konnten CDU und CSU mit ihrer Idee von der Kopfpauschale und der Einheitssteuer auf die Wähler bei der letzten Bundestagswahl keinen Eindruck machen, weil solche Gedanken die elementaren überzeugenden Gesetze der Gerechtigkeit verletzen. Einen Fehler einmal machen kann Pech sein. Ihn zu wiederholen ist Dummheit. Und eine Faustregel der Gerechtigkeit heißt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. „Alle über einen Kamm scheren“ und „Freie Fahrt für die Stärkeren“, das ist weder gerecht noch solidarisch.

An der Gerechtigkeit werden die Christlich-Sozialen gemessen.

### 3. CSA-Landessvorsitzende



**Heinrich Krehle**  
**1947 - 1958**



**Georg Lang**  
**1958 - 1963**



**Hans Schütz**  
**1963 - 1969**



**Dr. Fritz Pirkl**  
**1969 - 1989**



**Peter Keller**  
**1989 - 2000**



**Horst Seehofer**  
**2000 - heute**

## 4. Geschichte der CSA

### 60 Jahre Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft in der CSU

Am 22. März 1947 wurde Heinrich Krehle auf der „1. Bayerischen Landeskonferenz der Arbeitnehmer in der CSU“ im Ratskeller in Nürnberg zum ersten Vorsitzenden gewählt. Damit kam eine Gründungsphase zum Abschluss, die im Herbst 1945 begonnen hatte. Kurz zuvor, am 1. März 1947, war das mit Parteimitteln finanzierte „Landessekretariat der Arbeitnehmer in der CSU“ in der Trogerstraße in München eingerichtet worden. Damit stand Krehle ein Instrumentarium zur Verfügung, die Organisation auf ganz Bayern auszudehnen. Nach ersten Erfolgen verschlechterten sich allerdings die materiellen Voraussetzungen, sich landesweit zu organisieren, mit und nach der Währungsreform rapide. Der Arbeitnehmerschaft in der CSU, die 1947 zu den vier existierenden Arbeitsgemeinschaften der CSU zählte, fehlte damit bereits ab 1948 wieder die finanzielle Kraft, um wirkungsvoll auftreten und sich verbreiten zu können. Außer vereinzelt Interventionen hörte man zunächst nichts mehr von ihr.

Erst mit der Gründungsveranstaltung der „Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft/Arbeitnehmergruppen der CSU Bayern (CSA)“ am 2./3. Mai 1953 im Kolpinghaus in München meldete sich die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerschaft organisatorisch wieder zurück. Die „Gründung“ der CSA konnte nur gelingen, weil Heinrich Krehle im April 1953 Hans Stützle als Landessozialsekretär der CSU gewinnen konnte, der anhand alter Karteikarten ca. 300 verstreut in Bayern lebende ehemalige Weggefährten und Sympathisanten organisatorisch zusammenführen konnte.

Im § 2 der neuen Geschäftsordnung wurde festgehalten, dass man die „Sammlung und Aktivierung der gesamten christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft zum Zwecke der Einflussnahme auf das politische Leben nach den Grundsätzen der Christlich-Sozialen Union“ und die Vertretung dieser Arbeitnehmerschaft innerhalb der Partei verfolge. Staatssekretär Heinrich Krehle, der erste Landesvorsitzende der CSA, wurde nicht „neu“ gewählt, sondern als Hinweis auf frühere organisatorische Existenz wiedergewählt.

Das politische Ziel der CSA kommt in einem Geleitwort des Ministerpräsidenten Hans Ehard zur Bundestagswahl 1953 prägnant zum Ausdruck:

*„Die Kenntnis der sozialpolitischen Struktur und der sozialpolitischen Aufgaben zu fördern, halte ich für eine entscheidende Aufgabe der Arbeitnehmergruppen der Christlich-Sozialen Union.“*

Die CSA selbst beschrieb ihre Standpunkte in einem Entwurf für ein Werbeflugblatt von 1954 wie folgt:

„1.

*Die Christlich-Soziale-Arbeitnehmerschaft wendet sich an alle, die eingesehen haben, dass nur noch die Tat, die Haltung, das gute Beispiel, den Beweis für ein lebendes Christentum erbringen kann. Sie fühlt sich daher als politische Dachorganisation für alle christlichen Arbeitnehmerorganisationen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung einer starken christlichen Mitte.*

2.

*Unsere Einstellung zur sozialen Ordnung in unserem Volke hat mit Sozialismus im marxistischen Sinne nicht das mindeste zu tun. Wir lehnen das Evangelium der Materie ab. Es ist unser Ziel, durch Förderung aller sozialen Belange, die den Richtlinien der christlichen Soziallehre und damit den echten Erfordernissen unserer Volkswirtschaft entsprechen, im politischen Raum dazu beizutragen, dass die soziale Harmonie ihrer Verwirklichung immer näher gebracht wird.“*

Die noch junge CSA mit ihren landesweit nur ca. 1.200 Mitgliedern wurde durch das Wechseln der CSU auf die Oppositionsbank von 1954 bis 1957 sozialpolitisch nicht bedeutungslos. Denn wichtige sozialpolitische Erfolge stellten sich in dieser Zeit ein. Hierzu zählen beispielsweise das Kindergeld für das zweite Kind – initiiert durch Hans Stützle – oder das umfassende Feld der Rentenaufbesserungen – neben anderen propagiert und energisch vertreten durch Franz Xaver Geisenhofer, Gründungsmitglied des CSA-Bezirksverbandes München und dessen späterer Vorsitzender. Ferner wurden im Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union von 1957 die Schwerpunktfelder der CSA wie Wohnungsbau, Kindergeldgesetzgebung und Eigentumspolitik aufgenommen.

Die Delegierten der Landesvertreterversammlung der CSA im Jahr 1958 in Regensburg wählten als zweiten Landesvorsitzenden den Bundestagsabgeordneten Georg Lang. Unter dem neuen CSA-Landesvorsitzenden präsentierte die CSA wiederum eine breit gefächerte Arbeitnehmerpolitik. Die CSA erarbeitete Stellungnahmen zum Jugendarbeitsschutz und zur Arbeitszeitregelung für Beamte im öffentlichen Dienst. Sie befasste sich mit notwendig werdenden Korrekturen der Krankenversicherung und erreichte, dass eine von der CSA angefer-

tigte Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz Einzug in die Vorhaben der Partei nahm. Der ab Oktober 1958 geltenden CSU-Satzungsänderung, dass nur noch für jedes angefangene Tausend an Mitgliedern ein Delegierter zur Landesversammlung der Partei entsandt werden durfte, begegnete die CSA mit einer Mitgliederwerbeaktion. Als Folge davon stieg die Mitgliederzahl ein Jahr später auf 2.500.

Im Mai 1963 wurde Hans Schütz zum neuen Landesvorsitzenden der CSA gewählt. Die Regierungsumbildung im Juni 1964 brachte der CSA einen großen personellen Erfolg. Landesobmann und Staatssekretär Hans Schütz wurde Bayerischer Arbeitsminister. Gleichzeitig wurde Dr. Fritz Pirkl zum Staatssekretär im gleichen Ministerium berufen. Die CSA zählte zu diesem Zeitpunkt über 6.000 Mitglieder. Nach tatkräftigem Mitwirken in der Wahlkampfzeit der Wahljahre 1965/66 ging die CSA anschließend daran, ihr lang gehegtes Ziel, ein eigenes Grundsatzprogramm niederzuschreiben, zu verwirklichen.

Am 27. April 1968 verabschiedete die CSA-Landesvertreterversammlung in Bamberg dann die sog. „Bamberger Grundsätze“, die als erstes Grundsatzprogramm einen wichtigen Eckpfeiler in der CSA-Geschichte darstellten. In der Kommentierung der Präambel der Bamberger Grundsätze, die die Gesellschaftspolitik als ein Werkzeug zur Schaffung einer gerechten Ordnung aus Freiheit und Solidarität verstanden wissen wollte, wurde nicht zufällig auf das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik hingewiesen. Der allgemeinen Vorstellung widersprechend, dass die Wirtschaft das Soziale unterhalte, hieß es dort:

*„Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden eine Einheit. Beide haben die Aufgabe, eine gerechte Verteilung des Wirtschaftswachstums zu ermöglichen. Die Sozialpolitik ist nicht der störende und die Wirtschaftspolitik nicht der gestörte Teil.“*

Innerhalb dieser solidarischen Gesellschaft, so das programmatische Fundament der CSA, steht die Familie als Keimzelle der Gesellschaft. Sie vermittelt das elementare soziale Verhalten und übernimmt das erste Recht der Erziehung der Kinder. Aber auch im wirtschaftspolitischen Bereich der Bamberger Grundsätze setzte die CSA deutliche Akzente: So zum Beispiel der Minderheitenschutz im Betriebsverfassungsgesetz und eine insgesamt breit angelegte Vermögensbildungspolitik. Diese zielte in ihrer Gesamtheit darauf ab, eine Neuverteilung des volkswirtschaftlichen Zuwachses zu erreichen und sich dementsprechend von einer Umverteilung bestehenden Vermögens bekräftigend zu distanzieren.

Im März 1969 gab Hans Schütz bekannt, dass er aus Altersgründen nicht mehr für das Amt des CSA-Vorsitzenden kandidieren werde. Zu diesem Zeitpunkt stand die CSA bereits vor dem Problem innerparteilich geschrumpfter Wirkungsmöglichkeiten. Denn der Parteivorsitzende Franz-Josef Strauß hatte eine CSU vor Augen, die moderner und damit straffer und effektiver strukturiert werden sollte. Die Zahl der Arbeitskreise der Partei, die ab 1967 themenspezifisch, sofort und ohne neue CSU-Mitglieder werben zu müssen, eingesetzt werden konnten, verdoppelte sich zwischen 1967 und 1972 auf elf. Sie ermöglichten nicht nur ein schnelles Reagieren der Partei auf aktuelle Umstände, sondern zogen je nach dem auch politische Einzelschwerpunkte in den unmittelbaren Parteibereich. Denn die CSU, so die demonstrative Haltung des Parteivorsitzenden Strauß, sei als Volkspartei weder in eine Unternehmer-, Arbeiter- oder Bauernpartei aufspaltbar, noch werde sie sich überhaupt in eine Klassenpartei auflösen.

Vor diesem Hintergrund brachte der neue Landesvorsitzende, Arbeitsminister Dr. Fritz Pirkl, nach seiner Wahl im Jahr 1969 bei seiner Antrittsrede die Erwartungen der CSA unmissverständlich zum Ausdruck:

*„Unverrückbar bleibt für uns aber die erwiesene Tatsache, dass ohne Annahme unserer Grundvorstellungen die Zukunft in Gesellschaft und Arbeit genauso wenig menschenwürdig gestaltet werden könnte, wie dies in der Vergangenheit möglich gewesen wäre. Weder aus der Gewerkschaftsarbeit noch aus der Gesetzgebungs- oder Regierungspraxis können die christlich-sozialen Grundprinzipien ausgeklammert werden.... Als Voraussetzung dafür, dass wir diesen Dienst leisten können, muss unsere Partei gerade u n s e r e Anliegen und Forderungen in einem besonderen Maße berücksichtigen. Wenn Arbeits-, Sozial- und die übergreifende Gesellschaftspolitik in der Union nicht freudig bejaht und an eine der ersten Stellen der politischen Rangordnungen gesetzt werden, gibt es keine Zukunft für die Unionsparteien!“*

Erschwerend kam für die CSA zu Beginn der 70er Jahre hinzu, dass zwar nur einzelne, aber dafür doch elementare Grundpositionen wie etwa die zur paritätischen Mitbestimmung oder zu den Beteiligungen am so genannten Produktivkapital seitens der Parteileitung auf wenig Gegenliebe stießen.

Im Juni 1977 beschrieb der CSA-Vorsitzende Dr. Pirkl klar und unmissverständlich den weiteren Weg der CSA:

*„Die CSA...wird der soziale Motor in der Partei auch in Zukunft sein, wenn sie zwar eine loyale, möglicherweise dort wo es Not tut auch unbequeme Politik mit allem Nachdruck vertritt. Wir wollen keine Partei in der Partei sein, scheuen aber auch nicht den harten kämpferischen Einsatz, wenn es um die Interessen der arbeitenden Menschen und um die Glaubwürdigkeit der Union geht. ...Deshalb bleibt als Daueraufgabe: das S muss in unserer Partei überall stärker sichtbar und spürbar werden, das S muss zum durchgängigen Leitprinzip all unserer politischen Konzeptionen und Handlungen werden.“*

Im Bereich der Vermögensbildung lauteten daher die Ziele: Ausbau der Sparförderung, Verankerung der tariflichen Vermögensbildung und breite Beteiligung der Arbeitnehmer in Form von betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligungen.

Vor allem anderem war für Dr. Pirkl die Familienpolitik von entscheidender und herausragender Bedeutung. Die Familie, so Dr. Pirkl, ist die wichtigste Lebensgemeinschaft in der Gesellschaft, sie erfüllt unersetzbare Aufgaben und schafft letztlich die Lebensgrundlagen für die Kinder. Ende der 70er Jahre konnte die CSA mit dem in Bayern eingeführten Familiengründungsdarlehen einen großen Erfolg feiern. Nach der Wende in Bonn nutzte die CSA dann die Gunst der Stunde, sich verstärkt auch auf Bundesebene familienpolitisch einzusetzen. Erstes Kernstück dieser Phase wurde die Neuordnung des Familienlastenausgleichs, später gefolgt vom Bundeserziehungsgeld, das ebenfalls unter starker CSA-Beteiligung Gestalt annahm.

So erzielte die CSA über die CSU in Bonn ab Mitte der 80er Jahre wichtige sozialpolitische Erfolge. Neben dem Bundeserziehungsgeld erreichte die CSA 1986 nicht ohne Stolz die rentenbezogene Anrechnung von Erziehungszeiten und das 2. Vermögensbildungsgesetz.

Der CSA-Landesvorsitzende Dr. Pirkl, der 1984 als Bayerischer Arbeitsminister aus dem Amt schied, um fortan als Europaabgeordneter zu wirken, signalisierte, dass er sein zwanzigjähriges Vorstandsjubiläum 1989 vollenden und dann nicht mehr kandidieren wolle. Unter Dr. Pirkl stieg die Mitgliederzahl auf über 16.000 Mitglieder an und die CSA hatte innerhalb der

Partei als nunmehr drittstärkste Arbeitsgemeinschaft an Einfluss und Bedeutung gewonnen.

Die Delegierten wählten auf der Landesversammlung am 7./8. Juli 1989 in Neu-Ulm den Bundestagsabgeordneten Peter Keller, der schon seit vielen Jahren unterfränkischer CSA-Bezirksvorsitzender war, zum neuen Landesvorsitzenden. Auch unter dem neuen Vorsitzenden verließ die CSA nicht ihren sozialpolitischen Pfad. Wie schon früher nutzte die CSA nun auch in den 90er Jahren die Möglichkeit, klar Stellung zu beziehen. So hieß es auszugsweise in den „Erdinger Leitsätzen“ von 1993:

*„Wir widersprechen allen Bestrebungen, die Arbeitgeber-Beteiligung an der Sozialversicherung zur Disposition zu stellen und die Sozialversicherung vom Arbeitsverhältnis abzukoppeln. ... Wir treten mit aller Kraft für die Unantastbarkeit der Tarifautonomie und die bindende Kraft von Tarifverträgen ein. ... Mit uns, der CSA, wird es keinen Abbau von qualifizierten Arbeitnehmerrechten geben. Es geht unter anderem um Angriffe gegen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, den Kündigungsschutz bei Betriebsveränderungen... Zur Mitbestimmung gehört auch die bundesweite Schaffung von Arbeitskammern als Pendant zu den öffentlich-rechtlichen Kammern von Industrie, Handel und Handwerk.“*

Während des Vorsitzes von Keller konnte die CSA wiederum große arbeits- und sozialpolitische Erfolge verbuchen. So wurden 1989 Pflegeurlaub und Pflegegeld bei ehrenamtlicher häuslicher Pflege, 1995 die Pflegeversicherung als neuer Zweig der Sozialversicherung, und 1996 die Europäischen Betriebsräte eingeführt. Alles Forderungen, die sich die CSA auf die Fahnen geschrieben hatte. Kurz vor der Abwahl der Regierung Kohl wurde noch das 3. Vermögensbildungsgesetz verabschiedet. Damit wurde auf dem Gebiet der sozialen Kapitalpartnerschaft – einer langjährigen CSA-Forderung – ein weiterer Fortschritt erzielt.

Nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 stand bei der CSA ein Stabwechsel an. Der Bundestagsabgeordnete und frühere Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer wurde auf der Landesversammlung am 14./15. April 2000 in Bad Kissingen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Obwohl mit dem Verlust der Regierungsverantwortung die Union auch der dazugehörigen Gestaltungsspielräume beraubt wurde, trat die CSA unter ihrem neuen Vorsitzenden vehement für ihre Ziele ein. So blieb die CSA bei der Diskussion um die Gesundheitsreform ihren Grundsätzen treu und lehnte eine Gesundheitsprämie ab. Sie forderte den Verbleib im

bestehenden System und das Festhalten am Prinzip der Solidarität, wonach geringere Einkommen einen geringeren Beitrag und höhere Einkommen einen höheren Beitrag zu zahlen haben. Gegenüber neoliberalistischen Tendenzen betonte die CSA, dass der Mensch das Maß der Dinge ist und nicht das Kapital und dass darüber hinaus durch Kürzungen im Sozialbereich allein kein Wachstum und damit keine Arbeitsplätze geschaffen werden. In der Familienpolitik setzte die CSA auf ihrem Landesausschuss im Mai 2005 mit ihrem Beschluss „Kinder sind unsere Zukunft“ Akzente. Darin trat die CSA zum Beispiel dafür ein, die Kinderbetreuung verstärkt auszubauen, die Familien im Steuer- und Sozialsystem deutlich zu entlasten und die Bedingungen für eine tatsächliche Wahlfreiheit zu schaffen sowie ein Familiengeld von monatlich 600 € bis zum 3. Lebensjahr, das mit einer Väterkomponente versehen ist, einzuführen.

Die vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 bringen der CSA einen großen personellen Erfolg. Ihr Landesvorsitzender Seehofer wird Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Auch inhaltlich kann die CSA wieder große Erfolge verbuchen: Im Zusammenhang mit der Einführung der Rente mit 67 wird die Forderung der CSA nach abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren ebenso aufgegriffen wie das Erfordernis und die Überprüfung der Steigerung der Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In der Arbeitsmarktpolitik plädiert die CSA insbesondere für die Verwirklichung von mehr Beitragsgerechtigkeit, indem die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes stärker an die Dauer der Beitragszahlung zu koppeln ist.

Im 60. Jahr ihres Bestehens scheint die CSA auch ihrer jahrzehntelangen Forderung, die Arbeitnehmer nachhaltig stärker am Gewinn und am Kapital der sie beschäftigenden Unternehmen zu beteiligen, ein gutes Stück näher zu kommen. In die seit der Rede des Bundespräsidenten zum Jahreswechsel 2005/2006 aufkommenden gesellschaftlichen Diskussion zur Verbesserung der sozialen Kapitalpartnerschaft hat sich die CSA aktiv eingeschaltet. Die CSA hat in der Initiative ihres Landesvorsitzenden „Soziale Kapitalpartnerschaft – freiwillige betriebliche Erfolgs-, Vermögens- und Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter“ konkrete Forderungen erhoben und damit einen wichtigen Beitrag zur Diskussion geleistet. Um eine breitere Akzeptanz der verschiedenen Modelle der Mitarbeiterbeteiligung zu erzielen, fordert die CSA insbesondere großzügigere steuerliche Regelungen für Mitarbeiterbeteiligungen. Die CSA schlägt konkret vor, § 19a EStG und das 5. Vermögensbildungsgesetz (Arbeitnehmersparzulage) großzügiger auszugestalten.

Die Geschichte der CSA zeigt: Seit ihrer Gründung im Jahr 1947 hat sie immer wieder wichtige und konstruktive Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik in Bayern und Deutschland auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes und des Modells der sozialen Marktwirtschaft geleistet. Über Jahrzehnte hat die CSA damit das Gesicht der CSU mit geprägt und gemeinsam viel erreicht. Dies wird auch in Zukunft so bleiben.

## 5. Die Bezirksverbände der CSA stellen sich vor

• CSA Bezirksverband München	42
• CSA Bezirksverband Oberbayern	44
• CSA Bezirksverband Niederbayern	46
• CSA Bezirksverband Oberpfalz	50
• CSA Bezirksverband Oberfranken	52
• CSA Bezirksverband Unterfranken	55
• CSA Bezirksverband Mittelfranken	57
• CSA Bezirksverband Nürnberg, Fürth, Schwabach	60
• CSA Bezirksverband Schwaben	62
• CSA Bezirksverband Augsburg	64



## **60 Jahre CSA München - 60 Jahre für ein lebens- und liebenswertes München**

Im Jahr 1947 wurde die CSA München in einem noch weitgehend vom Krieg zerstörten München gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Josef Lutz, der bis 1960 Vorsitzender war, sowie der spätere Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende Franz Xaver Geisenhofer (Vorsitzender von 1969 bis 1979), der spätere Staatsminister und Landtagspräsident Franz Heubl, Hans Stütze und viele andere mehr.

Die von der CSA München gestarteten Initiativen trugen dazu bei, die Situation der Bürgerinnen und Bürger entscheidend zu verbessern. So bei der Kriegsopferversorgung, bei der Renten- und Krankenversicherung, beim Wohngeld und den Mietbeihilfen, mit dem Familienlastenausgleich mit Kindergeld und Kinderfreibeträgen und der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung.

1979 bis 1985 erreichte die CSA München unter dem Vorsitz von Dr. Walter Wellner große politische Resonanz. So konnte die CSA z.B. ihre Positionen in das CSU-Grundsatzprogramm von 1976 einbringen. Von 1985 an leitete Georg Schrattenecker die CSA München, bis 1989 Uta Schaumberger zur Vorsitzenden gewählt wurde.

Joachim Unterländer, seit 1994 Mitglied des Landtags und sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, setzte in der Zeit seines Vorsitzes von 1993 bis 2002 für die Münchner CSA neue Schwerpunkte: Initiativen zur Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, die Begleitung der Reformen im öffentlichen Dienst und bei den Münchener Stadtwerken, die Gründung eines Münchner Bündnis für Arbeit und Ausbildung und eines Bündnisses für Familien in München, Initiativen zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und der gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung.

Zu meinen ersten Aufgaben als neu gewählte Vorsitzende gehörte die Umsetzung der vom CSU Parteitag im Jahre 2000 beschlossenen Erhebung eines eigenen Beitrags für die CSA. Dies führte leider zu einer Reduzierung der Mitglieder um fast 50%. Um die Außenwirkung zu verbessern, erhielt die CSA München einen eigenen Internetauftritt. Zusammen mit dem Einzelhandelsverband, dem CGB und der KAB wurde eine Initiative gegen die Freigabe der Ladenöffnung gestartet, die Verwaltungsreform kritisch begleitet, Initiativen zur Reform

der Erbschafts- und Abgeltungssteuer auf den Weg gebracht.

Die Verbindungen und die Zusammenarbeit im vorpolitischen Raum mit KAB, Kolping, dem evangelischen Arbeiterverein und anderen sind heute im Gegensatz zu früher nur noch bei einzelnen Themen möglich. Die gezielte Platzierung von CSA-Vertretern für den Bundestag und Landtag, die in den 50er und 60er Jahren durchaus erfolgreich war, gehört heute leider zur Ausnahme.

Aus Münchner Initiativen wurden in der Vergangenheit häufig wichtige sozialpolitische Entscheidungen. So wurde die Entwicklung eines familienpolitischen Konzepts „Kinder sind unsere Zukunft“ für die CSA gestartet und 2005 in Bad Gögging verabschiedet. Als wesentliches Element neben dem Ausbau der Kinderbetreuung, der deutlichen Entlastung von Familien im Steuerrecht und in den sozialen Sicherungssystemen, einer familienfreundlichen Arbeitswelt und einer Politik für Wachstum und Arbeitsplätze sieht das Konzept ein Familiengeld in Höhe von 600€ monatlich von der Geburt bis zum 3. Lebensjahr vor. Die Umsetzung ist zwar noch nicht vollständig erreicht, doch fehlt dazu nicht mehr viel. Die CSA München wird sich auch künftig für Arbeitnehmer und ihre Familien einsetzen und hierzu mit allen Beteiligten zusammenarbeiten, um im gemeinsamen Dialog und mit vereinten Kräften das Beste zu erreichen.

Hannelore Roedel  
CSA-Bezirksvorsitzende München



## **Arbeitnehmer-Union (CSA) Oberbayern**

Im Jahr 2007 feiert auch die CSA Oberbayern ihr 60jähriges Bestehen.

Mit einem Mitgliederstand von ca. 1.400 Personen ist sie der mit Abstand stärkste CSA-Bezirksverband in Bayern, obwohl wir - wie die anderen Bezirksverbände der CSA auch - durch die Einführung eines eigenen Mitgliedsbeitrags im Laufe der letzten Jahre mehr als die Hälfte unserer Mitglieder verloren haben.

Diese Vorreiterfunktion innerhalb der CSA war uns immer ein besonderer Ansporn für ein hohes Maß an gestalterischer Mitverantwortung und persönlichem Engagement. Wir haben - vor allem unter dem Vorsitz unseres früheren Vorsitzenden Ernst Pöpl, der unseren Bezirksverband 25 Jahre geführt hat - versucht, eine Reihe von wichtigen sozialen und gesellschaftspolitischen Entscheidungen auf den richtigen Weg zu bringen. So hatte die Entwicklung einer Grundkonzeption zur Pflegeversicherung seit nahezu einem Jahrzehnt die Arbeit der CSA Oberbayern begleitet, während sich in den 90er Jahren die Reform des Gesundheitswesens zu einem politischen Schwerpunkt im gesamten Aufgabenfeld entwickelt hat.

Parteilpolitisch bedeutsam ist die Tatsache, dass mehr als 90 % der Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft zugleich Mitglieder der CSU sind. Diese gesellschafts- und strukturpolitisch bedeutsame Repräsentanz von Arbeitnehmern in der CSU war und ist prägend für die programmatische Ausrichtung der Volkspartei CSU. Die CSA Oberbayern geht davon aus, dass auch die Ausarbeitung eines neuen CSU-Grundsatzprogramms die „Handschrift“ der Arbeitnehmer-Union trägt und damit auch in Zukunft das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft in die CSU rechtfertigt.

Mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts sind auch die Herausforderungen an eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer innerhalb der CSU andere geworden. Globalisierung und weltweiter Wettbewerb von Wirtschaftsordnungen und Menschen, deren alleiniger „Marktwert“ ihre Arbeitskraft ist, dürfen nicht als Ursache bzw. Ausrede benutzt werden, um in hundert Jahren erkämpfte Rechte der Menschen im Arbeitsleben wieder abzubauen. Es ist unübersehbar, dass die Globalisierung zusammen mit der demographischen Entwicklung und dem Mangel an Reformen unserer Sozialversicherungssysteme zumindest auch dazu beiträgt,

dass ein Teil der Bevölkerung wirtschaftlich schlechter gestellt wird und sozial abrutscht.

Die CSA Oberbayern wird nicht zulassen, dass der Mensch in dieser Entwicklung auf der Strecke bleibt. Der Mensch als soziales Wesen, das in einer Gemeinschaft, einer Familie, lebt, kann nicht so mobil wie das Kapital Grenzen und Kontinente überspringen. Er ist deshalb besonders gefährdet und besonders schutzwürdig. "Zuerst kommt der Mensch, dann das Kapital", ist für uns Verpflichtung und Aufgabe für die Zukunft. Die CSA Oberbayern hat deshalb gerade in den letzten Jahren eindeutig Stellung bezogen zu den drängenden Problemen wie Ausgrenzung der älteren Arbeitnehmer, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Lohn- und Sozialdumping, mangelnde Kontrolle der sog. Hedge-Fonds, abnehmende Unternehmerverantwortung - um nur einige Beispiele zu nennen. Daneben haben wir auch immer wieder unsere Stimme bei innerparteilichen Prozessen erhoben und unsere Beteiligung an sozialpolitischen Entscheidungen an maßgeblicher Stelle angemahnt und eingefordert. Beinahe so alt wie die CSA Oberbayern aber noch immer ungelöst ist unsere Forderung nach einer wirksamen Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer, sei es durch Investivlohn oder sozialer Kapitalpartnerschaft. Wir werden alles dafür tun, dass uns diese Aufgabe nicht noch die nächsten 60 Jahre begleitet!

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten und können auch in Zukunft auf die CSA Oberbayern bei der Wahrung und Stärkung ihrer Interessen zählen.

Dr. Gabriele Stauner, MdEP  
CSA-Bezirksvorsitzende Oberbayern



## **CSA Niederbayern für sachliche soziale Balance und „sozialer Motor“ - Kampf um Zurückgabe der vollen Kilometer-Pauschale für Berufspendler**

Die CSA als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der CSU, nicht immer „Liebkind“, hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten in Niederbayern eine dominante Position erarbeitet. Bei den Widrigkeiten der Nachkriegsjahre gab es in Niederbayern sozialpolitisch seitens der CSA nur sporadische Aktivitäten bzw. es sind entsprechende Spuren streckenweise verwischt. Die Not, der allgemeine Rückstand, sowie Mangel an Arbeitsplätzen waren überaus groß und Niederbayern war schließlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung das Schlusslicht der Nation. Die Arbeitnehmer in der CSU arbeiteten zielgerecht, um die Strukturen in den grundsätzlichen Bereichen zu verbessern.

Die Hauptbeschäftigungsbereiche waren in den Nachkriegsjahren neben der Landwirtschaft die Granit-, Glas- und Forstwirtschaft, ergänzt durch die vielen Kleingewerbebetriebe. Alle diese Branchen mussten sich in den letzten Jahrzehnten einem ganz drastischen Strukturwandel unterziehen. Der Fleiß, die Stand- und Sesshaftigkeit der Bevölkerung und die guten Rahmenbedingungen durch die CSU-Landesentwicklungspolitik waren die Säulen, wodurch der strukturschwache niederbayerische Raum in seinen Lebensbedingungen wesentlich verbessert wurde. Einen ganz positiven Schub erhielt die Region durch den Fall des „Eisernen Vorhanges“. Man steht also nicht mehr mit dem Rücken zur Wand des „Niemandlandes“. Untrennbar mit der Landesentwicklungspolitik verbunden ist der vorbildhafte Auf- und Ausbau des weiterführenden und beruflichen Bildungswesens mit der Errichtung der Universität Passau und der Fachhochschulen Landshut und Deggendorf. Kinder der Arbeiter- und Landwirtefamilien können nun auch hinsichtlich der finanziellen Belastung von den akademischen Bildungsangeboten regen Gebrauch machen. Leider gibt es dann für diesbezüglich Ausgebildete in der Bayerwaldregion noch nicht genügend qualifizierte Arbeitsplätze, so dass ein großer Teil der hochqualitativ Ausgebildeten leider in die Ballungsräume ausweichen bzw. abwandern muss. Hier ist noch dringender Handlungsbedarf, das Angebot qualifizierter Arbeitsplätze in den peripheren Regionen zu optimieren, um so dem Motto der Stärkung des ländlichen Raumes auch in der Praxis zu entsprechen.

Erst Ende der 60iger Jahre gab es auf Niederbayern-Ebene für die CSA den richtigen Aufschwung. Die „Matadore“ wie die Kollegen Reseneder aus Dingolfing, Ranzinger aus Passau, Godesar aus Kelheim, Stelzl aus Straubing und Hans Graßl aus Deggendorf gehören

der Gründergeneration der CSA Niederbayern an - sie waren sozialpolitische Urgesteine höchst edlen Charakters. Allen Vorgenannten gilt, dass sie im Sinne der großen Reformern des letzten Jahrhunderts bis zu den Vertretern der neueren Zeit wie Oswald Nell-Breuning für eine soziale Gestaltung unserer Heimat, innerhalb und außerhalb der CSU, eingetreten sind.

Seit annähernd 30 Jahren habe ich das Vertrauen, dem CSA-Bezirksverband Niederbayern vorzustehen. Eine unübersehbare Anzahl von Initiativen und Impulsen gingen von den unzähligen Sitzungen und Aktionen aus. Vielfach konnten Anliegen auf dem direkten Wege auf die „Parlamentsschiene“ gebracht werden.

Grundsätzliches Ziel der CSA-Verantwortlichen war immer, alles zu unterstützen, was zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze beitrug, um das familienfeindliche Fernpendlertum und die Abwanderung einzuschränken. Die Verkehrserschließung, insbesondere der Bau der Autobahn, moderne Energiequellen, die Errichtung der Hochschulen, die Förderung von Betriebsansiedlungen, die Verbesserung der Krankenhauslandschaft und insbesondere die Schaffung der Heilbäderstruktur und Autozuliefererbetriebe, sowie Verbesserung der Touristikstruktur, waren gravierende Maßnahmen, die Niederbayern in den letzten Jahren zum Aufsteiger Nr. 1 innerhalb Bayern werden ließen. In Zusammenarbeit mit den weiteren CSA-Bezirksverbänden wurden vielerlei Initiativen ergriffen, „Hängepartien“ im sozial- und familienpolitischen Bereich ins Lot zu bringen. Zu denken ist hier an die leidige Problematik der km-Pauschale für Berufspendler. Hier hat die CSA Niederbayern bei der Streichung der ersten 20 Entfernungskilometer durch die Schwarz-Rote Bundesregierung wegen Verstoßes gegen den Gleichheitsgrundsatz eine Triebfederfunktion übernommen und sich mit dem Bund der Steuerzahler und der Lohnsteuerhilfe verbündet durch den Weg der Einreichung einer Klage zum Bundesverfassungsgericht. Das niedersächsische Finanzgericht hat im „ersten Zug“ bereits bestätigt, dass der abenteuerliche Willkürakt der Schwarz-Roten Bundesregierung eben nicht verfassungsgemäß ist. Die Kürzung der Pauschale für die Berufspendler um 20 Kilometer ist ein Schlag gegen die Arbeitnehmer, die ohnehin durch das eigene Fahrzeug, einen viel höheren Aufwand für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte haben, gegenüber jenen, die in den Ballungsgebieten mit den über die Mineralölsteuer subventionierten Massenverkehrsmitteln fahren können. Die CSA Niederbayern bleibt hier der „Anwalt“ des „Kleinen Mannes“ und lässt nicht locker, eine steuerlich gerechte Lösung zu erreichen.

Die Verwilderung der Arbeitsplatzstrukturen, insbesondere die Zerschlagung der Vollzeitverhältnisse in sogenannte „Geringfügige“, Leiharbeit, usw. dürfen nur in Randbereichen zur Anwendung kommen. Hier gilt es, künftig besonders auf der Hut zu bleiben! Die Einführung und Verbesserung des Bayer. Landeserziehungsgeldgesetzes, die neue Kindergartenförderung, Umsetzung des Pflegegesetzes, Ausbau der Geriatrie und nicht zuletzt der Einsatz um die Wahrung der Parität bei der Beitragsgestaltung in der Sozialversicherung sowie Initiativen gegen den Crash-Kurs bei den Kuren, um nicht tausende von qualifizierten Arbeitsplätzen aufs Spiel zu setzen, waren dauerhafte Schwerpunktthemen. Zur Gesundheitsreform des Jahres 2006 hat sich die CSA Niederbayern als hartnäckiger Mahner lautstark bemerkbar gemacht - leider ohne nennenswerten Erfolg - obwohl mit dem Reformvorhaben, insbesondere dem Gesundheitsfonds, eine abenteuerliche Reise in eine bürokratische Staatsmedizin mit all ihren negativen Folgen vorprogrammiert sein dürfte.

Die CSA Niederbayern hat versucht, als „sozialer Motor“, uneigennützig und aus Überzeugung Sozialpolitik mitzuformen. Sie gilt auf bayerischer Ebene als kämpferisch und kompetent. Wir konnten mit Gemeinschaftsgeist erreichen, dass wir auf allen deutschen parlamentarischen Ebenen so gut vertreten sind wie kein anderer Bezirk. Im Deutschen Bundestag, im Bayer. Landtag mit der Funktion des sozial-/gesundheitspolitischen Sprechers, im Bezirkstag durch zwei Vertreter, darunter dem Bezirkstagsvizepräsidenten. Ferner konnten viele Kollegen Mandate in den Kreistagen sowie Stadt- und Gemeinderäten erringen, um auch auf dieser Ebene soziales Gedankengut einzubringen unter dem Aspekt, dass Kommunalpolitik ein großes Stück praktizierte Sozialpolitik verkörpert. Zu denken ist ferner an die zahlreichen Betriebs- und Personalräte aus den Reihen, die nicht im Rampenlicht stehend, unverzichtbare Arbeiten auf sich nehmen. Organisatorisch gab es in der CSA Niederbayern durch die Beitragseinführung, wie in den anderen Bezirken, einen deutlichen „Aderlass“. Durch entsprechende Bemühungen konnte allerdings erreicht werden, dass die CSA in allen Landkreisen durch eigene Kreisverbände vertreten ist.

Auch in Zukunft im Rahmen des nicht einfachen „Umbaues des Sozialstaates“ und der „Globalisierung“ wird die CSA prägend mitwirken auf den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität. Insbesondere ist das Augenmerk darauf zu lenken, dass „sozialpolitische Geisterfahrten“ und den „Neoliberalen Sanierern in Nadelstreifen“ der Treibstoff entzogen wird. Der soziale Friede im Lande ist zu wertvoll, als über die elementarsten Grundsätze und

Binsenwahrheiten hinaus den Sozialstaat sturmreif schießen zu lassen! Ich bin trotz all dieser Leuchtfener überzeugt, dass sich die Herausforderungen zur Lösung der Zukunftsaufgaben meistern lassen. Der CSA Bayern kommt dabei auch weiterhin eine eminent wichtige sachverständige Aufgabe zu.

Die CSA Niederbayern wird im Juni dieses Jahres sein 60jähriges Jubiläum mit dem Festredner und guten Freund, dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller, in Bad Birnbach begehen in der Hoffnung, dass auch von dort dann wieder entsprechende Impulse und Signale zur Fortentwicklung des Sozialstaates auf Landes- und Bundesebene ausgehen und die „soziale Balance“ auch weiterhin gesichert bleibt. Die Vorbereitungen für ein grundsätzliches Positionspapier laufen. Allen Kolleginnen und Kollegen gilt mein Dank, die häufig zum „Gotteslohn“, mit Idealismus und Engagement über viele Jahre treu, tapfer und kämpferisch dazu beigetragen haben, dass die CSA eine respektierte und erfolgreiche Arbeitsgemeinschaft in der CSU darstellt.

Konrad Kobler, MdL  
CSA-Bezirksvorsitzender Niederbayern



## **60 Jahre CSA Oberpfalz**

Vor 60 Jahren wurde die Christlich-Soziale Arbeitnehmerunion in der Oberpfalz gegründet und ist seitdem der „soziale Motor der CSU“. Zum Fundament der Gründungsmitglieder zählten das christliche Menschenbild und der Wille, den Menschen in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Handelns zu stellen.

Historische Rückblicke, die dieses Jubiläum begleiten, geben Aufschlüsse und eröffnen neue Perspektiven. Der erfolgreiche Einsatz für die Soziale Marktwirtschaft, für ein sozialstaatliches Fundament in der marktwirtschaftlichen Ordnung, kostete große Anstrengung und bisweilen einen langen Atem. Doch diese Anstrengung hat sich gelohnt. Ich möchte nur kurz die Erfolge der CSA bei der Rentenreform, die die Rente erstmals an die Einkommen der erwerbstätigen Versicherten koppelte oder bei der Einführung der Anrechnung von Erziehungsjahren beim Rentenrecht, dem Erziehungsgeld, den Erziehungsurlaub und die Pflegeversicherung nennen.

Die Erfolge der letzten Jahrzehnte sind ermutigend. Die Besinnung auf die eigenen Grundwerte und Fundamente weckt Optimismus und das obwohl die soziale Marktwirtschaft in Zeiten der Globalisierung vor großen Umbrüchen steht. Die CSA verkörpert diesen Optimismus. Denn sie schaffte es, in ganz Deutschland Gehör zu finden und ihre gesellschaftliche Bedeutung auszubauen.

Das ist mit ein Grund dafür, dass wir heute wieder mehr als 1.000 Mitglieder haben. Deswegen haben wir in der Oberpfalz auch damit begonnen, erste Ortsverbände zu gründen, um die Interessen der Arbeitnehmer vor Ort noch besser vertreten zu können.

Man sieht: Jetzt ist die Zeit der CSA, denn wir haben den Willen und die Möglichkeiten zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Wir stützen uns dabei auf Grundsätze, die sich in der Vergangenheit bewährt haben und für die Bewältigung der Zukunft unerlässlich sind. Denn der Blick zurück zeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft vor allem von ideellen Grundsätzen getragen wurde. Sie funktioniert nur in Partnerschaft. Wie etwa bei der Tarifautonomie, der Eigentumsförderung und der Mitbestimmung sowie bei der Forderung nach einer freiwilligen betrieblichen Erfolgs-, Vermögens- und Kapitalbeteiligung für unsere Arbeitnehmer. Dieses Fundament baut auf

einen eigenverantwortlichen Bürger, der gemäß der Prinzipien der Personalität, der Solidarität und der Subsidiarität ein menschenwürdiges Dasein in einer sozialen und gerechten Gesellschaft erfährt.

Die CSA Oberpfalz blickt auf erfolgreiche 60 Jahre zurück. Die Zukunft wird zeigen, daß sich der Einsatz für unsere Mitmenschen in der Oberpfalz lohnt.  
Wir stellen uns den Herausforderungen des neuen Jahrhunderts.

Reiner Meier  
CSA-Bezirkvorsitzender Oberpfalz



## **Christlich, sozial gerecht, arbeitnehmerfreundlich!**

### **CSA-Oberfranken**

Oberfranken hat sich seit der Industrialisierung als starkes Industriegebiet innerhalb Bayerns entwickelt. Aus einem Notstandsgebiet wurde ein interessanter Wirtschaftsstandort. Nordostbayern wurde nach dem Zweiten Weltkrieg umzingelt von der Zonengrenze zur ehemaligen DDR und der Grenze zur CSSR (heute Tschechien). Viele spürbare Nachteile mussten hingenommen werden. Aus der Todwin-kellage wurde Oberfranken befreit. Jahrzehnte waren die Entwicklungsmöglichkeiten stark beeinträchtigt. Die Öffnung der Grenzen und die Wiedervereinigung Deutschlands wurde sehr begrüßt. Vieles hat sich in den letzten Jahren verändert. Oberfranken liegt jetzt mitten in Europa. Die künftigen ökonomischen Entwicklungen bieten neue Chancen, bergen aber auch viele Risiken. Sie zwingen zu einer zielgerichteten Vorwärtsstrategie.

Die Wirtschaft muss laufen. Noch immer hat Oberfranken die höchsten Arbeitslosenzahlen in Bayern. Täglich kommen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Sachsen und Thüringen und in Zukunft auch aus Tschechien in die oberfränkischen Städte und Landkreise. In der Vergangenheit hat die Region hohe Einwohnerverluste hinnehmen müssen. Die übrigen Regierungsbezirke in Bayern konnten zum Teil hohe Zuwächse verzeichnen. Viele junge Menschen wandern ab und die ältere Bevölkerung wächst stark an. Wegen der negativen demographischen Entwicklung werden weniger Menschen das erwirtschaften müssen, wovon alle leben.

In Deutschland geht es inzwischen aufwärts. Die unionsgeführte Bundesregierung hat dazu ihren Beitrag geleistet. Der Arbeitsmarkt kommt wieder voran. Die Arbeitslosenzahlen sind auch in Oberfranken gesunken. Allerdings muss man sehr kritisch fragen, unter welchen Bedingungen.

Leider hat es auch der wirtschaftliche Aufschwung in den letzten Monaten nicht vermocht, die bei vielen Menschen vorhandenen Ängste zu vertreiben. Die Angst um den Arbeitsplatz, die Aussicht auf Renten, die nicht viel mehr als das Existenzminimum abdecken. Sicherheit empfinden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere dann, wenn sie einen Job haben und durch diese Arbeit ein Einkommen erzielen, von dem sie leben können.

Die CSA ist in Oberfranken nicht weg zu denken. Sie ist eine wichtige Säule in der CSU. Anfangs der 50er Jahre fanden die ersten Gründungen der CSA in verschiedenen Landkreisen statt. 1953 wurde nach Bamberg eine Regionalkonferenz einberufen, in der der Bamberger Diözesansekretär Rudolf Müller zum Bezirksvorsitzenden gewählt wurde. Er wurde 1958 von Diözesansekretär Franz Patzina aus Kronach abgelöst. Nach dessen plötzlichen Tod wurde Diözesansekretär Paul Wünsche aus Bamberg Bezirksvorsitzender, der dem Bayerischen Landtag von 1968 bis 1990 angehörte. 1987 habe ich den CSA-Bezirksvorstand übernommen. Als Mitglied des Bezirkstages von Oberfranken (1982 bis 1990) und als Landtagsabgeordneter (1990 bis 2003) habe ich viele Ideen der CSA eingebracht.

Die CSA wurde über Jahrzehnte sehr stark von der KAB geprägt. KAB-Diözesansekretäre waren bisher die Bezirksvorsitzenden. Viele gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen wurden durchgeführt, weil die Anliegen oft die gleichen waren.

Die Arbeit der CSA in den CSU-Kreisverbänden war gar nicht leicht. Da und dort wurde die Entwicklung gebremst bzw. nicht besonders stark gefördert. Auch heute ist die CSA keine Massenbewegung. Sie ist der soziale Motor und das soziale Gewissen der CSU und wird auch in Zukunft viele Vorschläge einbringen und wertvolle Denkanstöße geben.

**Unsere Ziele sind:**

- *Sicherung der bestehenden und Schaffung neuer Arbeitsplätze!*
- *Mehr persönliche Freiheit bei mehr sozialer Gerechtigkeit!*
- *Chancengleichheit für Familien!*
- *Erhaltung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft!*
- *Das Bewährte erhalten, sich dem Neuen öffnen!*

CSA-Mitglieder haben sich sehr stark in allen Anliegen der Berufs- und Arbeitswelt eingebracht. Schwerpunkt war die Mitarbeit in den Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, der Sozialen Selbstverwaltung, aber auch in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik.

Bayern steht an der Spitze der Länder in der Bundesrepublik. Der Freistaat hat sich vom Agrarstaat zum modernen Industriestaat entwickelt. In der Nachkriegszeit wurde ein hervorragendes Netz der sozialen Sicherheit gestrickt, das in aller Welt bewundert wird. Dazu hat auch die CSA ihren Beitrag geleistet. Heute müssen die Weichen gestellt werden, dass das

hohe Niveau auch für die künftigen Generationen erhalten bleibt.

Die CSA Oberfranken wird sich in den kommenden Jahren für die Menschen unserer Heimat einsetzen. Der bisherige Einsatz hat sich gelohnt.

Heinz Hausmann  
CSA-Bezirksvorsitzender Oberfranken



## **Kurzbericht CSA Unterfranken**

Kein Zustand ist so gut, dass er nicht noch verbessert werden könnte. Dies trifft nicht nur auf den unterfränkischen CSA-Bezirksverband zu sondern mit Bestimmtheit auf die überwiegende Zahl aller anderen Bezirksverbände, vielleicht sogar auf den CSA-Landesverband selbst.

Trotz vieler Widrigkeiten, was sowohl organisatorische Strukturen als auch die grundsätzliche politische Arbeit selbst anbetrifft, brauchen wir immer wieder den Mut und das Engagement, unsere Positionen innerparteilich wie auch öffentlich deutlich zu machen. Die CSA Unterfranken versucht deshalb, ihren Auftrag zur stärkeren Gewichtung unserer Arbeitsgemeinschaft in der Gesamtpartei als auch der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen insgesamt nachzukommen.

Wir haben uns daher in der gemeinsamen politischen Arbeit primär mit Fragen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und der gleichzeitigen Stärkung einer sozialen Kapitalpartnerschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit Strukturen und Problemen der Arbeitswelt (Fragen der Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Tarifautonomie, von Mindest- bzw. Kombilöhnen u.a.) befasst. Weitere Schwerpunkte waren die Ausbildungsplatzsituation und das Thema Ladenschluss. Zum letztgenannten gab es erst jüngst ein Positionspapier, welches sich nicht nur mit Interessen der Wirtschaft sondern insbesondere mit den Anliegen der Beschäftigten auseinandersetzt, vor allem unter familienpolitischen Aspekten. Dass sich die CSU-Landtagsfraktion in ihrer Diskussion und Entscheidungsprozess hinsichtlich der Ladenschlussgesetzgebung nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat, sei nur am Rande erwähnt.

Gemeinsam mit anderen christlich-sozialen Verbänden führte der CSA-Bezirksverband gemeinsame Veranstaltungen durch, so u.a. zum Thema Zukunftssicherung der gesetzlichen Rente oder auch der Forderung nach einer stärkeren Rückbesinnung auf soziale Aspekte in der sozialen Marktwirtschaft bzw. ethischer Werte in der Wirtschaft.

Auch der CSA Bezirksverband Unterfranken hat unter Mitgliederverlusten zu leiden, wie eine Reihe weiterer Bezirksverbände ebenfalls. Zum einen ist dies begründet mit der Einführung eines eigenen Mitgliedsbeitrages (der allerdings richtig und notwendig war)

zum anderen müssen wir uns Gedanken über unsere betreuungsmäßigen Strukturen machen.

Die nicht ausreichende Betreuung unserer Aktivposten bzw. Multiplikatoren in den Betrieben spielt dabei ebenso eine Rolle, wie so manche politische Position unserer Partei insgesamt, die nicht immer auf Zustimmung in der Arbeitnehmerschaft gestoßen ist und somit folglich den politischen Gegnern sogar noch Munition geliefert wurde (siehe u.a. Wahlprogramm von CDU und CSU vor der letzten Bundestagswahl).

In Unterfranken existieren insgesamt zwölf CSA-Kreisverbände (Aschaffenburg Stadt- u. Land, Miltenberg, Main-Spessart, Würzburg Stadt- u. Land, Kitzingen, Bad Neustadt, Rhön-Grabfeld, Haßberge, Schweinfurt Stadt- u. Land). Es zeigt sich immer wieder, dass die Arbeit mit dem personellen Engagement steht und fällt. Zum einen haben wir recht aktive Kreisverbände, die nicht nur regelmäßige und obligatorische Sitzungen abhalten, sondern auch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchführen. Andererseits gibt es allerdings auch den ein oder anderen Kreisverband, welcher momentan sozusagen nur auf dem Papier existiert. Trotzdem können und werden wir uns in Unterfranken nicht entmutigen lassen, künftig auch wieder flächendeckend in unserem Regierungsbezirk präsent zu sein.

Viele unserer Mitglieder im Bezirksvorstand arbeiten bereits seit vielen Jahren aktiv mit, ihnen gebührt Dank für ihren Einsatz und ihr Engagement. Auch ich selbst habe seit nunmehr 16 Jahren die Ehre, an vorderster Stelle in Unterfranken tätig zu sein.

Ein Glücksfall gerade für unsere unterfränkische CSA ist die Tatsache, dass sich unser CSA-Ehrenvorsitzender und langjähriger Landesvorsitzender Peter Keller nach seinem offiziellen Ausscheiden aus der Politik nicht auf das sprichwörtliche Altenteil zurückzog, sondern innerhalb der CSA weiterhin aktiv mitarbeitet. Auf seine Erfahrungen, sein Engagement und seine darüber hinaus immer konstruktiven Ratschläge können und wollen wir noch lange nicht verzichten.

Kurt Schreck  
CSA-Bezirksvorsitzender Unterfranken



## **CSA-Bezirksverband Mittelfranken**

Die Arbeitsgemeinschaft CSA war in den 50er Jahren in Mittelfranken sowie im industriellen Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen nur punktuell mit eigenen Strukturen vertreten. Die wenigen Arbeitnehmer in der CSU waren damals fast ausschließlich nur in der Mutterpartei organisiert.

Die damals aktiven Arbeitnehmer, die schon mitgestalten wollten, waren hauptsächlich in kirchlichen Organisationen beheimatet. KB und Kolping auf katholischer Seite sowie das Amt für Industrie und Sozialarbeit waren neben der Gewerkschaftsbewegung die Garanten für die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Erste Erfolge konnten die christlichen Werkgemeinschaften damals schon in einigen Nürnberger Betrieben erzielen.

Besonders zu erwähnen für diesen Zeitraum ist der ehemalige Stadtrat und CSA-Landesvorstandsmitglied Herr Streitberger, der unverzichtbare Aufbauarbeit für die CSA geleistet hat. Aus diesen christlichen Wertegemeinschaften entstand unter Führung der damaligen Bezirksvorsitzenden Sigmunde Schuh sowie den Vorstandsmitgliedern Günter Hudak und Günter Ceslik Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre eine stärkere und dichtere Mitgliederstruktur im Bereich der CSA Mittelfranken. Teile der christlichen Arbeitnehmerorganisationen organisierten sich in dieser Zeit in CSA und CSU.

Am 1. Juni 1970 konnte dann unter Beisein des CSA-Landesvorsitzenden und Sozialministers Dr. Fritz Pirkl, MdL, erstmalig ein CSA Büro Nordbayern speziell für die Betreuung der Bezirksverbände sowie für die Betriebsarbeit eröffnet werden. Nach dem Unfalltod des ersten Sozialsekretärs in Nürnberg, Winfried Schäfer †, war das CSA Büro Nordbayern lange verwaist und sollte von Seiten Münchens aufgelöst werden. Erst nach massiven Protesten der Arbeitnehmervertreter und der CSA Bezirksverbände Mittelfranken, Unterfranken, Oberfranken, Oberpfalz und Nürnberg wurde dieses zur damaligen Zeit unverzichtbare Büro zur Unterstützung der Arbeitnehmerarbeit wieder installiert. Ab 1974 bis zu seiner endgültigen Schließung 2001 durch die CSU Landesleitung übernahm Kurt Bornschlegel als Sozialsekretär lange Jahre das Zepter. Mit massiver Unterstützung des CSU-Bezirksvorsitzenden Nürnberg-Fürth Dr. Schneider, MdB sowie dem CSA Bezirksvorsitzenden Stadt – und Betriebsrat Heinz Lescha-nowski sowie den jeweiligen Bezirksvorsitzenden der CSA

wurde von Kurt Bornschlegel die Betriebs- und Behördenarbeit in Nürnberg und Mittelfranken nach vorne gebracht. Es wurden eigene Informationsdienste herausgegeben und Betriebsverteilungsaktionen durchgeführt. Manchmal standen bis zu 590 Kolleginnen und Kollegen früh vor den Werkstoren.

Den Bezirksvorsitz übernahm nach dem Tod des damaligen Bezirksvorsitzenden Peter Hudak die beim Amt für Industrie und Sozialarbeit tätige Erlanger Stadträtin Ursula Grille, die dann ab 1974 bis 1977 die CSA Mittelfranken zur ersten Blüte verhalf. Als Nachfolger wurde Alfons Leisinger aus Rednitzhembach (1977 bis 1979) gewählt. Er war lange Jahre im CSA Landesvorstand vertreten und Mitglied im Vorstand der BfA Berlin.

Als dann 1979 der erst 29 jährige damalige Kreisvorsitzende Ansbach-Stadt Siegfried Blank zum Bezirksvorsitzenden gewählt wurde, begann eine lange Zeit der Kontinuität im Bezirksverband. Bis 1995 hatte Siegfried Blank die Position der CSA in Mittelfranken und der Arbeitnehmerschaft auch gegenüber der CSU wesentlich verbessern können.

Nachdem Siegfried Blank aus Zeitgründen vom Vorsitz zurücktrat, übernahm Reinhold Maag aus Herrieden, Kreisverband Ansbach-Land, für 6 Jahre den Bezirksvorsitz bis 2001. Als langjähriger Betriebsrat lag sein politischer Schwerpunkt in der Betriebsarbeit und in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Nachdem die Arbeit Reinhold Maags in der CSU Ansbach-Land aus seiner Sicht nicht genügend gewürdigt wurde und zuwenig Unterstützung bei der Kreistagswahl durch die CSU erhielt, trat er unter Protest aus CSU und CSA aus, so dass die CSA Mittelfranken wieder ohne Vorsitzenden dastand.

Siegfried Blank stellte sich erneut als Bezirksvorsitzender zur Verfügung und führte dann bis 2006 wiederum den Bezirksverband Mittelfranken. Von 2002 bis 2006 war Siegfried Blank außerdem noch stellvertretender Landesvorsitzender der CSA. Ihm blieb es vorbehalten, den gesellschaftlichen Wandel in der Arbeitnehmerpolitik für alle Bevölkerungsschichten offenen Sozialpolitik innerhalb der CSA zu vollziehen. Weiterhin fielen in seine Zeit die Gründung mehrerer Kreisverbände der CSA sowie der enge Schulterschluss mit dem CSA Bezirksverband Nürnberg-Fürth. Zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen, wie die Arbeitnehmertage, Betriebs- und Personalräteempfangs, Nürnberger Arbeitnehmer-Gespräche, Politik an einem Sommerabend, 10 Jahre politischer Aschermittwoch in Schwabach sowie Fachkonferenzen zeugen von der erfolgreichen Arbeit.

Die Stärkung des sozialpolitischen Aspektes fand in der Einführung des familienpolitischen Sprechers Thomas Raßbach aus Lehrberg im Jahre 2005 ihre Berücksichtigung. Mit seinem Abschied als Bezirksvorsitzender im Jahre 2006 übergab Siegfried Blank den Bezirksverband Mittelfranken Thomas Raßbach. Erste Initiativen zur Stärkung der CSA und ihrer Bedeutung sollen hier eine Veranstaltungsreihe des Bezirksverbandes mit den einzelnen Kreisverbänden sein. Die ersten Veranstaltungen hierzu verliefen durchweg erfolgreich. Auch die mediale Berichterstattung hierzu war bereits erfolgreich.

Thomas Raßbach  
CSA-Bezirksvorsitzender Mittelfranken



## **CSA-Bezirksverband Nürnberg/Fürth/Schwabach**

### **Soziale Gerechtigkeit - Markenzeichen der Arbeitnehmer-Union**

Die CSU ist eine christlich-soziale Partei für alle Menschen. Auf dieser Grundlage arbeitet auch die CSA als sozialer Motor im Bezirksverband Nürnberg, Fürth und Schwabach zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Die Arbeitnehmersvertreter im Bezirksverband hatten in sechs Jahrzehnten enorm viel Arbeit, Zeit und Mühe in die so wichtige Basisarbeit investiert. Die umfangreiche Präsenz in den Betrieben und Verbänden sowie die starke kommunalpolitische Verankerung waren entscheidende Garantien für den Erfolg der CSA in der Region. Zu den besonderen Kennzeichen des Bezirksverbandes zählt das harmonische und vorbildliche Miteinander aller Altersklassen. Zusammenhalten und an einem Strang ziehen, das war und ist die entscheidende Devise für unsere politische Arbeit. Dieser Leitgedanke war unter den Bezirksvorsitzenden Karl Mauer, Heinz Leschanowsky, Werner Gruber, Willibald Pflaum und Thomas Geuter ebenso präsent wie heute unter dem neuen Vorsitzenden Bezirksrat Andreas Krieglstein.

Der Bezirksverband hat sich in den letzten Jahren organisatorisch und personell neu aufgestellt. So wurde durch die Zusammenlegung der vier Nürnberger Kreisverbände zum Stadtverband eine effiziente Organisationseinheit gebildet, die stärker die Gesamtsituation in der Großstadt Nürnberg berücksichtigt. An der Spitze des Stadtverbandes steht seitdem Frau Stadträtin Rita Heinemann. Im Kreisverband Fürth-Stadt wurde der Generationenwechsel erfolgreich vollzogen.

Hier führt der 37-jährige Markus Träger den Verband an. Unser langjähriges Mitglied Erwin Schuster steht seit Ende 2006 an der Spitze des Kreisverbandes in der Goldschlägerstadt Schwabach. Die Reihe, der in den letzten Jahren neu gewählten Vorsitzenden, ergänzt der langjährige Chef des Kreisverbandes Fürth-Land Lothar Schmitt.

Der CSA Bezirksvorstand hat für 2007 ein umfangreiches Jahresprogramm aufgestellt. Konzeptionell sehen die Arbeitnehmersvertreter den Schwerpunkt in der Stärkung der sozialen Zukunftssicherung für unsere Familien. So wird unter anderem die Schaffung von mehr Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren, als unerlässliche Voraussetzung für die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf, gefordert. Ein weiteres Thema in diesem Jahr wird die Ausarbeitung einer Konzeption zur „Sozialen Kapitalpartnerschaft“ sein. Seit vielen

Jahren ist es ein besonders Anliegen der CSA, die Arbeitnehmer stärker am Gewinn und am Kapital der sie beschäftigenden Unternehmen zu beteiligen. Auch die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung werden intensiv im Vorstand diskutiert. Zuletzt wurde zu den Themen „Mindestlohn“ und „Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ ein Positionspapier vorbereitet.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Bezirksvorstandes ist die Unterstützung der Kreisverbände bei der Organisation von politischen und gesellschaftlichen Veranstaltungen. Auch der enge Kontakt mit den Vertretern des Christlichen Gewerkschaftsbundes ist durch die Vorstandsmitglieder sichergestellt. Insbesondere durch die gute Kooperation mit der Berufsgewerkschaft - DHV ist eine Umsetzung von diversen Projekten möglich. Beim jährlich stattfindenden Berufswettkampf, mit über 180 Auszubildenden aus der Region, sind auch Kollegen der CSA in die Organisation eingebunden.

Seit mehr als 60 Jahren gestaltet die CSU erfolgreich die bayerische Politik, wobei die CSA als Arbeitsgemeinschaft einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat. Mit besonderer Freude blicken wir heute auf die Jubiläumsfeier „60 Jahre CSA“ in Nürnberg. Im Namen des CSA Bezirksvorstandes darf ich alle Kolleginnen und Kollegen und alle Gäste herzlich in der Frankenmetropole begrüßen. Lassen Sie uns gemeinsam den Festakt im Historischen Rathaussaal begehen.

Mit Zufriedenheit und Stolz können wir auf sechs Jahrzehnte erfolgreiche Arbeit zurückschauen und zuversichtlich in die Zukunft blicken. Auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit!

Ihr

Bezirksrat Andreas Kriegelstein  
CSA-Bezirksvorsitzender Nürnberg, Fürth, Schwabach



## **Der CSA-Bezirksverband Schwaben**

Im Februar 1953 konstituierte sich die Christliche Arbeiterbewegung - Bezirk Südschwaben - in Kempten. Zum Bezirksobmann wurde der damalige Diözesansekretär und Landtagsabgeordnete Paul Strenkert gewählt. Paul Strenkert war Gründungsmitglied der CSU, von 1957 bis 1962 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium und von 1962 bis 1964 bayerischer Arbeitsminister.

Zwischenzeitlich zur Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft Schwaben firmiert, wurde bei der Bezirkskonferenz im Juli 1955 unter anderen auch der spätere schwäbische CSU-Bezirksvorsitzende und bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann als Beisitzer in die schwäbische CSA - Bezirksvorstandschaft gewählt.

Im Jahr 1961 trat der Diözesansekretär Helmut Schwarz aus Kempten die Nachfolge von Paul Strenkert als CSA-Bezirksvorsitzender an. Ihm folgten als CSA-Bezirksvorsitzende im Februar 1965 Erich Schwaiger aus dem Landkreis Augsburg, im Jahre 1991 Wolfgang Leiter aus Günzburg und im Jahr 2006 Jürgen Stöhr aus Gersthofen im Landkreis Augsburg. Erich Schwaiger (seit 1991) und Wolfgang Leiter (seit 2006) sind Ehrenvorsitzende des CSA-Bezirksverbandes Schwaben.

Abschied nehmen musste der CSA-Bezirksverband Schwaben am 16.02.2004 von seinem Ehrenmitglied Stefan Höpfinger. Höpfinger war von 1984 - 1989 Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und lange Jahre stellvertretender CSA-Landesvorsitzender. In seinen 9 Kreisverbänden hat der CSA-Bezirksverband Schwaben zur Zeit rund 500 Mitglieder. Prominenteste CSA-Mitglieder des Bezirksverbandes sind der ehemalige CSU-Parteivorsitzende Dr. Theo Waigel und der derzeitige schwäbische CSU-Bezirksvorsitzende MdEP Markus Ferber.

Der 4 kreisfreie Städte und 10 Landkreise umfassende Bezirk Schwaben mit seinen 1,79 Millionen Einwohnern auf 10.000 km<sup>2</sup> reicht vom Allgäu im Süden bis zum Donau-Ries im Norden sowie von Neu-Ulm an der Landesgrenze zu Baden-Württemberg im Westen bis ins alt-bayerische Aichach im Osten. Trotz oder gerade durch seine unterschiedliche Landschaftsprägung verfügt Schwaben über eine gut durchwachsene Wirtschaftsstruktur, wobei der Mittelstand den wichtigsten Beschäftigungsbereich darstellt. Ebenso haben sich jedoch

Industrieunternehmen gut in den schwäbischen Wirtschaftsraum auch in den überwiegend vom Fremdenverkehr geprägten Regionen integriert. Gerade in den letzten Jahrzehnten haben sich eine große Anzahl von High-Tech-Unternehmen in Schwaben angesiedelt und etabliert.

Jürgen Stöhr  
CSA-Bezirksvorsitzender Schwaben



## **CSA-Bezirksverband Augsburg**

### **Zukunftsfähigkeit**

Der damalige Parteivorsitzende Bundesminister Dr. Theo Waigel schrieb 1997 zum 50jährigen Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft: „Durch das Engagement der CSA ist die CSU zur mit Abstand stärksten Partei bei den Arbeitnehmern geworden.“ – Ich frage: Weiß das auch die Partei?

Volkspartei definiert sich zunächst als Empfänger größtmöglicher Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten in der Politik, die sich lokal und regional unterschiedlich strukturieren mit differenzierten Anforderungen. Maßstab dafür sind allein Wahlergebnisse.

Bestätigung als Volkspartei erfordert immer wieder neu, einem breiten Spektrum unserer Bürgerinnen und Bürger eine politische Heimat zu bieten.

Übereinstimmung von Anspruch und Wirklichkeit einer Volkspartei ist eine Zielgröße, die in einem kontinuierlichen Prozess immer wieder neu gewonnen werden muss. Auch und gerade in schwierigen Zeiten.

Arbeitnehmer mit ihren Familien sind die größte gesellschaftliche Gruppe. Die CSA bringt ihre berechtigten Interessen in die CSU ein. Mit anderen Gruppen ergeben sich strategische Schnittmengen. Das Politikfeld Soziales ist ein gesellschaftspolitisches Schlüsselfeld. Es begleitet die Menschen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen.

Die Vernachlässigung des sozialen Elements in der Politik geht einher mit dem Verlust der Identität als Volkspartei. Um eine hohe Zustimmung in allen Schichten unserer Bürgerinnen und Bürger zu erlangen, bedarf es sozialer Symmetrie für unsere Politik.

Dafür über geeignete und zeitgemäße Grundsätze zu verfügen, ist essenziell. Auf deren Basis können aktuelle und zukunftsorientierte Politiken gestaltet werden, die den Menschen in seinem Lebensraum in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Dabei sind die Prinzipien von sozialem Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft unverzichtbar, zeitgemäß zu entwickeln, im übergreifenden Konsens zukunftsfähige Lösungen zu finden, aber auch vor aushöhlenden Angriffen zu bewahren.

Auch die Zukunftsfähigkeit unserer Partei als Volkspartei, als gestaltende politische Kraft in Bayern und Deutschland und Europa, hängt davon ab. Das ist die Wirklichkeit hinter der Formel 50 plus X.

In Augsburg als Zentrum der drittgrößten Wirtschaftsregion Bayerns, trifft sich Klassik und Moderne, Tradition und Fortschritt in einem beständigen Strukturwandel. Als Standort von Industrie und Handel, Forschung und Technologien, Universität und Kultur stellt es mit seiner Sozialstruktur spezifische Anforderungen an die Angebote von Politik.

Ein für die Menschen erkennbares und erfahrbares soziales Profil gehört zu den unverzichtbaren Kompetenzfeldern einer erfolgreichen, modernen Volkspartei. Glaubwürdige und überzeugende sachliche und personelle Präsentationen auf allen Politikebenen müssen sich auch an vorhandene Bedingungen orientieren.

In dieser Herausforderung steht die CSA als CSU-Arbeitsgemeinschaft mit ihren Ressourcen innerhalb der Partei und die CSU als Großstadtpartei in unserer Stadt.

Ein besonderes Andenken wollen wir bewahren:

Ehrenvorsitzender Stefan Höpfinger †, ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, der einst CSA-Bezirksvorsitzender in Augsburg war, später CSU-Bezirksvorsitzender.

Dipl.-Ing. Regina Metzner-Seifert  
CSA-Bezirksvorsitzende Augsburg





